

## **Öffentliche Bekanntmachung des Regierungspräsidiums Tübingen**

Das Regierungspräsidium Tübingen hat der MBärs Rohstoffhandel GmbH, Schlattwiesen 16, 72131 Ofterdingen, mit Bescheid vom 12.12.2023, Az.: RPT0542-8823-659/7/1, eine immissionsschutzrechtliche Änderungsgenehmigung gemäß § 16 Absatz 1 und 2 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) den Bau einer Lagerhalle für die zeitweilige Lagerung von teilweise emulsionsbehafteten Eisen- und Nichteisenmetallspänen; Anpassung der Lager- und Behandlungskapazitäten und -tätigkeiten sowie Änderung der Lagerkonzeption für gefährliche Abfälle, nicht gefährliche Abfälle und Eisen- und Nichteisenmetalle erteilt.

In diesem Zusammenhang erfolgt nach § 10 Absatz 8a BImSchG folgende (dauerhafte) Bekanntmachung im Internet:

### **1. Genehmigungsbescheid**

Der Genehmigungsbescheid wird auf den nachfolgenden Seiten bekanntgemacht. Nicht veröffentlicht werden in Bezug genommene Antragsunterlagen, der gebührenrechtliche Entscheidungsteil und personenbezogene Daten.

### **2. BVT-Merkblatt**

Für die Anlage ist das Merkblatt über die besten verfügbaren Techniken (BVT) für Abfallbehandlungsanlagen vom August 2018 maßgeblich.

Tübingen, den 11.01.2024

Regierungspräsidium Tübingen (Referat 51)

rpt 



# Baden-Württemberg

REGIERUNGSPRÄSIDIUM TÜBINGEN

Regierungspräsidium Tübingen · Postfach 26 66 · 72016 Tübingen

## Postzustellungsurkunde

MBärs Rohstoffhandel GmbH

Schlattwiesen 16  
72131 Ofterdingen

Tübingen 12.12.2023

Name [REDACTED]

Durchwahl 07071 [REDACTED]

Aktenzeichen RPT0542-8823-659/7/1

(Bitte bei Antwort angeben)

### Kassenzeichen (Bitte bei Zahlung angeben):

[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]
[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]
[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]

## Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG)

Antragstellerin: MBärs Rohstoffhandel GmbH

Standort: Schlattwiesen 16, 72131 Ofterdingen

Vorhaben: Bau einer Lagerhalle für die zeitweilige Lagerung von teilweise emulsionsbehafteten Eisen- und Nichteisenmetallspänen; Anpassung der Lager- und Behandlungskapazitäten und -tätigkeiten sowie Änderung der Lagerkonzeption für gefährliche Abfälle, nicht gefährliche Abfälle und Eisen- und Nichteisenmetalle

Zulassung: Immissionsschutzrechtliche Änderungsgenehmigung nach § 16 Absatz 2 BImSchG, wasserrechtliche Genehmigung nach § 48 WHG, Eignungsfeststellung nach § 63 WHG, Baugenehmigung gemäß §§ 49, 58 LBO

Einstufung: Nummern 8.11.2.2, 8.11.2.4, 8.12.1.1, 8.12.2, 8.12.3.2, 8.15.2 des Anhangs 1 der 4. BImSchV  
Nummer 8.7.1.2 der Anlage 1 UVP

Bezug: Ihr Antrag vom 16.05.2022, zuletzt ergänzt am 02.11.2022

Anlagen: mit Genehmigungsvermerk versehene Antragsunterlagen (1 Fert.)  
Musterbürgschaft  
Kalkulationsgrundlage Sicherheitsleistung

## **Inhaltsverzeichnis**

1. Entscheidung .....	2
2 Nebenbestimmungen .....	9
3 Begründung .....	28
4 Gebühren .....	49
5 Rechtsbehelfsbelehrung .....	51
6 Hinweise .....	52
7 Antragsunterlagen .....	59
8 Zitierte Regelwerke .....	61

Sehr geehrter [REDACTED]  
sehr geehrte Damen und Herren,

auf den Antrag der MBärs Rohstoffhandel GmbH vom 16.05.2022, zuletzt ergänzt am 02.11.2022, ergeht folgende

### **1. Entscheidung**

- 1.1 Der MBärs Rohstoffhandel GmbH, Schlattwiesen 16 in 72131 Ofterdingen, Flurstück-Nr. 3110/3, Gemarkung Ofterdingen (nachstehend mit „Antragstellerin“ bezeichnet) wird gemäß § 16 Absatz 1 und 2 BImSchG in Verbindung mit §§ 1, 2 der 4. BImSchV die

#### **immissionsschutzrechtliche Genehmigung zur Änderung**

der Anlagen zur Lagerung und Behandlung von gefährlichen und nicht gefährlichen Abfällen sowie Eisen- und Nichteisenmetallen (Anlagen gemäß den Nummern 8.11.2.2, 8.11.2.4, 8.12.1.1, 8.12.2 und 8.12.3.2 des Anhangs 1 der 4. BImSchV) am Standort Schlattwiesen 16 in 72131 Ofterdingen, Flurstück-Nummer 3110/3 erteilt.

1.2 Folgende Änderungen sind Gegenstand dieser Genehmigung:

- Neubau einer dreiseitig geschlossenen Lagerhalle für die zeitweilige Lagerung von teilweise emulsionsbehafteten Eisen- und Nichteisenmetallspänen,
- Erhöhung der Umschlagskapazität von nicht gefährlichen Abfällen von 50 Tonnen je Tag auf 80 Tonnen je Tag,
- Erhöhung der Kapazität für die zeitweilige Lagerung von gefährlichen Abfällen von 90 Tonnen auf 135 Tonnen,
- Erhöhung der Kapazität für die zeitweilige Lagerung von nicht gefährlichen Abfällen von 300 Tonnen auf 381 Tonnen,
- Erhöhung der Kapazität für die zeitweilige Lagerung von Eisen- und Nichteisenmetallen von 500 Tonnen auf 720 Tonnen,
- Erweiterung der Behandlungstätigkeiten für gefährliche Abfälle (Demontage von Bleibatterien und Sortieren von Batterien und Akkumulatoren) unter Beibehaltung der bereits genehmigten Behandlungskapazitäten,
- Erweiterung der Behandlungstätigkeiten für nicht gefährliche Abfälle (Sortieren von Batterien und Akkumulatoren, Sortierung von Eisen- und Nichteisenmetallen) unter Beibehaltung der bereits genehmigten Behandlungskapazitäten,
- Aufnahme von weiteren Abfallschlüsseln in den Abfallkatalog (AS 10 08 11, 10 03 16, 12 01 15, 12 01 09\*),
- Aktualisierung der Lagerkonzeption,
- Befestigung der bisher geschotterten Teilbetriebsfläche (Lagerbereich 10) und Entwässerung der Betriebsfläche über einen neu zu installierenden Leichtflüssigkeitsabscheider,
- Errichtung eines unterirdisch installierten Emulsionssammelbehälters mit 40 m<sup>3</sup> Fassungsvermögen zur Sammlung von Kühlschmierstoffemulsionen und Entwässerung der Lagerfläche der Metallspäne-Lagerhalle in den Sammelbehälter,
- Aufstellung von Lagerboxen mit Legioblock-Bausteinen auf der befestigten Teilbetriebsfläche sowie Bau einer Lärmschutzwand.

Damit dürfen ausschließlich die in Tabelle 1 dieses Bescheides aufgeführten Eisen- und Nichteisenmetalle, die in Tabelle 2 dieses Bescheides aufgeführten gefährlichen Abfälle sowie die in Tabelle 3 dieses Bescheides aufgeführten nicht gefährlichen Abfälle in den sich aus der Abfall-Liste in Kapitel 7.2 der Antragsunterlagen ergebenden Lagergruppen, Lagermengen und Lagerorten zeitweilig gelagert werden.

Es dürfen nur die in Tabelle 4 dieses Bescheides aufgeführten gefährlichen und nicht gefährlichen Abfälle in den sich aus der Abfall-Liste in Kapitel 7.2 der Antragsunterlagen ergebenden Mengen umgeschlagen werden.

**Tabelle 1: Lagerkapazitäten für Eisen- und Nichteisenmetalle**

<b>Abfallschlüssel nach AVV</b>	<b>Abfallart</b>	<b>maximal zulässige Lagerkapazität</b>
12 01 01	Eisenfeil- und drehspäne	240 Tonnen
12 01 02	Eisenstaub und -teilchen	
12 01 03	Nichteisen-Metallfeil- und -drehspäne	
12 01 04	Nichteisen-Metallstaub und -teilchen	
10 03 02	Anodenschrott	20 Tonnen
10 08 14	Anodenschrott	
11 05 01	Hartzink	
15 01 04	Verpackungen aus Metall	460 Tonnen
16 01 17	Eisenmetalle	
16 01 18	Nichteisenmetalle	
17 04 01	Kupfer, Bronze, Messing	
17 04 02	Aluminium	
17 04 03	Blei	
17 04 04	Zink	
17 04 05	Eisen und Stahl	
17 04 06	Zinn	
17 04 07	Gemischte Metalle	
19 12 02	Eisenmetalle	
19 12 03	Nichteisenmetalle	
20 01 40	Metalle	
	<b>Gesamtlagerkapazität Eisen- und Nichteisenmetalle</b>	<b>max. 720 Tonnen</b>

**Tabelle 2: Lagerkapazitäten für gefährliche Abfälle**

<b>Abfallschlüssel nach AVV</b>	<b>Abfallart</b>	<b>maximal zulässige Lagerkapazität</b>
10 04 01*	Schlacken (Erst- und Zweitschmelze)	10 Tonnen
10 04 02*	Krätzen und Abschaum (Erst- und Zweitschmelze)	
16 02 15*	aus gebrauchten Geräten entfernte gefährliche Bauteile	1 Tonne
20 01 21*	Leuchtstoffröhren und andere quecksilberhaltige Abfälle	1 Tonne
16 06 01*	Bleibatterien	50 Tonnen
16 06 02*	Nickel-Cadmium-Batterien	1 Tonne
17 04 10*	Kabel, die Öl, Kohlenteer oder andere gefährliche Stoffe enthalten	3 Tonnen
20 01 33*	Batterien und Akkumulatoren, die unter 16 06 01*, 16 06 02*, oder 16 06 03* fallen, sowie gemischte Batterien und Akkumulatoren, die solche Batterien enthalten	1 Tonne
12 01 09*	halogenfreie Bearbeitungsemulsionen und -lösungen	40 Tonnen
16 02 11*	gebrauchte Geräte, die Fluorchlorkohlenwasserstoffe, HFCKW oder HFKW enthalten	5 Tonnen
20 01 23*	gebrauchte Geräte, die Flurchlorkohlenwasserstoffe enthalten	
16 02 13*	gefährliche Bauteile enthaltende gebrauchte Geräte mit Ausnahme derjenigen, die unter 16 02 09 bis 16 02 12 fallen	5 Tonnen
20 01 35*	gebrauchte elektrische und elektronische Geräte, die gefährliche Bauteile enthalten, mit Ausnahme derjenigen, die unter 20 01 21 und 20 01 23 fallen	
16 08 02*	gebrauchte Katalysatoren, die gefährliche Übergangsmetalle oder deren Verbindungen enthalten	8 Tonnen
16 08 07*	gebrauchte Katalysatoren, die durch gefährliche Stoffe verunreinigt sind	
17 02 04*	Glas, Kunststoff und Holz, die gefährliche Stoffe enthalten oder durch gefährliche Stoffe verunreinigt sind	10 Tonnen
20 01 37*	Holz, das gefährliche Stoffe enthält	
	<b>Gesamtlagerkapazität für gefährliche Abfälle</b>	<b>max. 135 Tonnen</b>

**Tabelle 3: Lagerkapazitäten für nicht gefährliche Abfälle**

<b>Abfallschlüssel nach AVV</b>	<b>Abfallart</b>	<b>maximal zulässige Lagerkapazität</b>
16 01 03	Altreifen	10 Tonnen
10 03 16	Abschaum mit Ausnahme desjenigen, der unter 10 03 15 fällt	10 Tonnen
10 08 11	Krätzen und Abschaum mit Ausnahme derjenigen, die unter 10 08 10 fallen	
12 01 05	Kunststoffspäne und -drehspäne	10 Tonnen
12 01 13	Schweißabfälle	20 Tonnen
16 06 04	Alkalibatterien (außer 16 06 03)	3 Tonnen
17 04 11	Kabel mit Ausnahme derjenigen, die unter 17 04 10 fallen	50 Tonnen
20 01 34	Batterien und Akkumulatoren mit Ausnahme derjenigen, die unter 20 01 33 fallen	3 Tonnen
12 01 21	gebrauchte Hon- und Schleifmittel mit Ausnahme derjenigen, die unter 12 01 20 fallen	40 Tonnen
07 02 13	Kunststoffabfälle	
16 01 20	Glas	
16 02 16	aus gebrauchten Geräten entfernte Bauteile mit Ausnahme derjenigen, die unter 16 02 15 fallen	
15 01 01	Verpackungen aus Papier und Pappe	40 Tonnen
15 01 02	Verpackungen aus Kunststoff	
15 01 03	Verpackungen aus Holz	
15 01 05	Verbundverpackungen	40 Tonnen
15 01 06	gemischte Verpackungen	
16 02 14	gebrauchte Geräte mit Ausnahme derjenigen, die unter 16 02 09 bis 16 02 13 fallen	20 Tonnen
20 01 36	gebrauchte elektrische und elektronische Geräte mit Ausnahme derjenigen, die unter 20 01 21, 20 01 23, und 20 01 35 fallen	
16 08 01	gebrauchte Katalysatoren, die Gold, Silber, Rhenium, Rhodium, Palladium, Iridium oder Platin enthalten (außer 16 08 07)	5 Tonnen
16 08 03	gebrauchte Katalysatoren, die Übergangsmetalle oder deren Verbindungen enthalten, a. n. g.	
17 09 04	gemischte Bau- und Abbruchabfälle mit Ausnahme derjenigen, die unter 17 09 01, 17 09 02 und 17 09 03 fallen	50 Tonnen
20 03 01	gemischte Siedlungsabfälle	

<b>Abfallschlüssel nach AVV</b>	<b>Abfallart</b>	<b>maximal zulässige Lagerkapazität</b>
19 12 01	Papier und Pappe	20 Tonnen
20 01 01	Papier und Pappe	
17 02 03	Kunststoff	20 Tonnen
20 01 39	Kunststoffe	
17 01 01	Beton	40 Tonnen
17 01 02	Ziegel	
17 01 03	Fliesen und Keramik	
17 01 07	Gemische aus Beton, Ziegeln, Fliesen und Keramik mit Ausnahme derjenigen, die unter 17 01 06 fallen	
17 02 01	Holz	
17 02 02	Glas	
17 08 02	Baustoffe auf Gipsbasis mit Ausnahme derjenigen, die unter 17 08 01 fallen	
19 12 05	Glas	
20 01 02	Glas	
20 01 38	Holz mit Ausnahme desjenigen, das unter 20 01 37 fällt	
	<b>Gesamtlagerkapazität für nicht gefährliche Abfälle</b>	<b>max. 381 Tonnen</b>

**Tabelle 4: Umschlag von gefährlichen und nicht gefährlichen Abfällen**

<b>Abfallschlüssel nach AVV</b>	<b>Abfallart</b>	<b>maximal zulässige Umschlagmenge</b>
12 01 01	Eisenfeil- und drehspäne	max. 80 Tonnen je Tag
12 01 15	Bearbeitungsschlämme mit Ausnahme derjenigen, die unter 12 01 14 fallen	
19 12 10	brennbare Abfälle (Brennstoffe aus Abfällen)	
20 03 03	Straßenkehricht	
16 06 01*	Bleibatterien	max. 10 Tonnen je Tag
17 04 10*	Kabel, die Öl, Kohlenteer oder andere gefährliche Stoffe enthalten	



1.3 Diese Genehmigung schließt gemäß § 13 BImSchG folgende, die Anlage betreffende andere behördliche Entscheidungen mit ein:

- Baugenehmigung gemäß §§ 49 und 58 LBO für
  - o die Errichtung einer Lagerhalle zur zeitweiligen Lagerung von Eisen- und Nichteisenmetallspänen (teilweise emulsionsbehaftet) entsprechend des Bauantrages,
  - o die Befestigung von Teilbereichen der Lager- und Hoffläche im nordwestlichen Bereich des Firmengeländes,
  - o die Errichtung von Schüttgutboxen mit Legioblocksteinen,
  - o den Einbau eines zusätzlichen unterirdischen bauartzugelassenen Leichtflüssigkeitsabscheiders (Volumengröße 40 m<sup>3</sup>),
  - o die Errichtung einer Lärmschutzwand (Höhe = 5 Meter ü. Gelände, Länge 16 Meter).
- Wasserrechtliche Genehmigung nach § 48 WHG für die Neukonzeption der Entwässerung der Neubefestigten Betriebsflächen über einen zusätzlichen Leichtflüssigkeitsabscheider.
- Eignungsfeststellung für AwSV-Anlagen nach § 63 WHG der Lagerflächen für die emulsionsbehafteten Eisen- und Nichteisenmetallspäne.

1.4 Die Anlagen sind entsprechend den Inhalts- und Nebenbestimmungen unter Nummer 2 und den in Nummer 7 dieser Entscheidung genannten Antragsunterlagen zu errichten und zu betreiben, soweit in dieser Änderungsgenehmigung nichts Anderes festgelegt ist. Die unter Nummer 7 aufgeführten Antragsunterlagen sind Bestandteil dieser Entscheidung.

Im Übrigen gelten die bestehenden Genehmigungen fort, soweit in dieser Entscheidung nichts Anderes bestimmt ist.

1.5 Diese immissionsschutzrechtliche Änderungsgenehmigung erlischt, wenn nicht innerhalb von drei Jahren nach Bekanntgabe dieser Entscheidung mit der Änderung der Anlage begonnen worden ist oder die Anlage für mehr als drei Jahre nicht betrieben wird.

1.6 Die Antragstellerin hat die Kosten des Verfahrens zu tragen.

1.7 Für diese Entscheidung wird eine Gebühr in Höhe von [REDACTED] festgesetzt.

## **2 Nebenbestimmungen**

### **2.1 Allgemein**

- 2.1.1 Die genehmigungskonforme Umsetzung der Änderungen der immissionsrechtlich genehmigungsbedürftigen Anlagen ist dem Regierungspräsidium Tübingen unter Nennung des Datums mindestens zwei Wochen vor der beabsichtigten Inbetriebnahme schriftlich oder elektronisch mitzuteilen.
- 2.1.2 Es dürfen nur die in den genehmigten Antragsunterlagen nach Art und Menge beschriebenen Abfälle angenommen und die dort dargestellten abfallwirtschaftlichen Tätigkeiten durchgeführt werden.
- 2.1.3 Zukünftige Änderungen der Gesamtlagerkapazitäten oder Behandlungskapazitäten von gefährlichen und nicht gefährlichen Abfällen sind gesondert zu beantragen oder anzuzeigen.
- 2.1.4 Betriebsstörungen und besondere Vorkommnisse sind dem Regierungspräsidium Tübingen gemäß § 31 BImSchG unverzüglich mitzuteilen.
- 2.1.5 Die Antragstellerin hat bei einer Betriebsstörung unverzüglich sicherzustellen, dass das Wohl der Allgemeinheit nicht beeinträchtigt wird und soweit erforderlich Maßnahmen zu ergreifen, die geeignet sind, das Ausmaß eines Schadens so gering als möglich zu halten.
- 2.1.6 Die Antragstellerin hat ein Betriebstagebuch zu führen, in das die Annahmehkontrolle der zu lagernden bzw. zu behandelnden Abfälle, die Behandlungskapazitäten, Betriebsstörungen oder Stillstandszeiten der Anlagen, Reinigungs- und Wartungsarbeiten, die Eigenkontrollen sowie die Nachweise der Unterweisung der Beschäftigten zu dokumentieren sind. Das Betriebstagebuch ist mindestens 5 Jahre elektronisch oder in Papierform aufzubewahren und dem Regierungspräsidium Tübingen auf Verlangen vorzulegen.

## **2.2 Immissionsschutz**

### **2.2.1 Allgemeines**

- 2.2.1 Dem Regierungspräsidium Tübingen, Referat 54.2, ist ein Jahresbericht entsprechend den Auskunftspflichten nach § 31 BImSchG jeweils bis zum 31. März eines jeden Folgejahres elektronisch zukommen zu lassen.

### **2.2.2 Lärm**

- 2.2.2.1 Die Gesamtanlage einschließlich des zuzurechnenden Fahrzeugverkehrs ist so zu errichten und zu betreiben, dass die beim Betrieb verursachten Geräusche, gemessen und beurteilt gemäß der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm), die gebietsbezogenen Immissionsgrenzwerte (Beurteilungspegel) an dem maßgeblichen Immissionsort im Gewerbegebiet von tagsüber 65 dB(A) um mindestens 6 dB(A) unterschreiten.
- 2.2.2.2 Die Anlagen sind entsprechend dem Stand der Lärmminderungstechnik zu errichten und zu betreiben. Insbesondere sind folgende lärmmindernde Maßnahmen zu ergreifen:
- die Aggregate und Ladegeräte auf dem Betriebsgelände sind in einem ordnungsgemäßen und funktionstüchtigen Zustand zu erhalten und regelmäßig zu warten;
  - der bei den An- und Abfahrten sowie den Lade- und Rangieviorgängen entstehende Lärm ist auf das technisch notwendige Mindestmaß zu beschränken;
  - es ist auf ein behutsames Absetzen von Mulden und Containern zu achten; bei Abkip-, Befüll- und Ladevorgängen von Abfällen (insbesondere bei Schrotten) sind unnötige Fallhöhen zu vermeiden;
  - das unnötige Laufenlassen von Motorfahrzeugen ist zu vermeiden.
- 2.2.2.3 Die Beschäftigten sind regelmäßig, mindestens einmal im Jahr, auf die Maßnahmen zur Lärmminderung hinzuweisen. Der Zeitpunkt der Schulung ist schriftlich festzuhalten und von den Unterwiesenen durch Unterschrift zu bestätigen.
- 2.2.2.4 Für die Maßnahmen zur Lärmminderung ist eine Betriebsanweisung zu erstellen und auf dem Betriebsgelände auszuhängen.

- 2.2.2.5 Die schalltechnische Untersuchung zum Änderungsvorhaben (Kapitel 5 der Antragsunterlagen, [REDACTED] Stand 26. August 2021) ist Bestandteil der Antragsunterlagen. Die darin aufgeführten technischen bzw. organisatorischen Maßnahmen sind bei der Bauausführung vollständig umzusetzen und im späteren Betrieb zu beachten. Die im Gutachten zugrunde gelegten Fahrzeugbewegungen und Betriebszeiten der einzelnen Anlagenteile auf dem Betriebsgelände sind einzuhalten.
- 2.2.2.6 Die Lärmschutzwand ist bis zur Fertigstellung der Lagerhalle für Metallspäne zu errichten.
- 2.2.2.7 Der Beurteilungspegel der durch die Anlage hervorgerufenen Lärmimmissionen aller zum Betrieb gehörenden Anlagenteile nach Fertigstellung der Lärmschutzwand wird wie folgt begrenzt:

Maßgebliche Immissionsorte	Gebietsausweisung	Zusatzbelastung (Beurteilungspegel), tags
Schlattwiesen 18 (EG) (IO 1)	Gewerbegebiet (GE)	58 dB(A)
Schlattwiesen 25 (1. OG) (IO 2)	Gewerbegebiet (GE)	54 dB(A)
Schlattwiesen 17 (1.OG) (IO 3)	Gewerbegebiet (GE)	47 dB(A)

**Tabelle 5: maßgebliche Immissionsorte**

- 2.2.2.8 Nach Erreichen des ungestörten Betriebs, ist durch einen nach § 26 BImSchG anerkannten Sachverständigen messtechnisch der Immissionsbeitrag (vgl. Tabelle in vorstehender Nummer 2.2.2.7) ermitteln zu lassen. Die Messungen dürfen nicht von derselben Firma durchgeführt werden, die die unter Nummer 2.2.2.5 genannte schalltechnische Untersuchung erstellt hat. Der Messtermin

ist dem Regierungspräsidium Tübingen, Referat 54.2, spätestens zwei Wochen vor der Messung mitzuteilen. Die Messstelle ist zu verpflichten, die Messplanung in Abstimmung mit dem Regierungspräsidium Tübingen durchzuführen und eine Ausfertigung des Messberichtes unmittelbar an das Regierungspräsidium Tübingen, Referat 54.2, zu übersenden.

2.2.2.9 Einzelne kurzzeitige Geräuschspitzen dürfen die Immissionswerte am Tage nicht um mehr als 30 dB(A) überschreiten.

2.2.2.10 Sofern es beim Betrieb der Anlage zu Lärmbeschwerden kommen sollte, ist dies dem Regierungspräsidium Tübingen unverzüglich schriftlich oder elektronisch mitzuteilen. Das Regierungspräsidium Tübingen kann verlangen, dass die Antragstellerin auf ihre Kosten die Einhaltung der in der TA Lärm festgelegten Immissionsgrenzwerte durch Messungen der Lärmimmissionen nachweist. Vor der Messung ist ein Messplan zu erstellen und mit dem Regierungspräsidium Tübingen, Referat 54.2, abzustimmen. Die Messung ist durch eine nach § 26 BImSchG bekanntgegebene Stelle durchzuführen. Das Ergebnis der Messungen ist dem Regierungspräsidium Tübingen, Referat 54.2, vorzulegen. Soweit erforderlich, sind Maßnahmen zur Minderung der Lärmemissionen auf Kosten der Antragstellerin durchzuführen.

2.2.3 Vermeidung und Minderung von Staub- und Geruchsimmissionen

2.2.3.1 Die Anlagen sind so zu betreiben, dass während des gesamten Betriebes staubförmige Emissionen vermieden werden.

2.2.3.2 Staubende oder zu Verwehungen neigende Abfälle, beispielsweise Kunststoff- oder Papierabfälle, sind bedarfsgerecht abzudecken bzw. in geschlossenen Containern zwischenzulagern.

2.2.3.3 Für den Transport von staubenden Gütern sind geschlossene bzw. abgeplante Behältnisse und Ladeflächen zu nutzen.

2.2.3.4 Bei Be- und Entladevorgängen sowie bei Umschlagsvorgängen sind die Fallhöhen zu minimieren.

- 2.2.3.5 Bei Staubentwicklungen oder Staubverwehungen sind geeignete Minderungsmaßnahmen entsprechend der Nummer 5.2.3 der TA Luft (z. B. Befuchtung, Windschutz, Umschlagbeschränkungen bei hohen Windgeschwindigkeiten) zu ergreifen.
- 2.2.3.6 Die Beschäftigten sind regelmäßig, mindestens einmal im Jahr, über die Maßnahmen zur Reduktion von Staubemissionen im Betrieb zu unterweisen. Hierzu sind Arbeitsanweisungen zu erstellen. Der Zeitpunkt der Schulung ist schriftlich festzuhalten und von den Unterwiesenen durch Unterschrift zu bestätigen.
- 2.2.3.7 Die Fahrwege und Verkehrsflächen im Anlagenbereich sind in einem ordnungsgemäßen Zustand zu halten und regelmäßig, sowie stets bei Verschmutzungen, zu säubern. Hierfür ist ein Reinigungsplan zu führen. Die Zeitpunkte der Reinigung der Fahrwege und Verkehrsflächen sind in dem Plan zu dokumentieren. Die planmäßigen Reinigungsabstände sind bei Bedarf zu verkürzen.
- 2.2.3.8 Verschmutzungen der Fahrwege durch Fahrzeuge nach Verlassen des Anlagenbereichs müssen unverzüglich beseitigt und durch geeignete Maßnahmen vermieden werden.
- 2.2.3.9 Die Fahrwege sind bei Trockenheit, die zu Staubemissionen durch den Fahrverkehr führen können, mit Wasser zu benetzen.
- 2.2.3.10 Nicht belegte Lagerbereiche sind stets sauber zu halten.
- 2.2.3.11 Geruchsrelevante Abfälle, beispielsweise gemischte Siedlungsabfälle, sind niederschlagswasser- und windgeschützt zu lagern. Bei der Entstehung von Geruchsemissionen durch Abfälle sind geeignete Maßnahmen zu veranlassen, z. B. die Abdeckung der Abfälle und der zeitnahe Abtransport der geruchsemitterenden Abfälle in die vorgesehene Entsorgungsanlage.
- 2.2.3.12 Sofern es beim Betrieb der Anlage zu Geruchsbeschwerden kommen sollte, kann das Regierungspräsidium Tübingen weitergehende Maßnahmen zur

Reduktion der Geruchsemissionen verlangen. Hierzu zählen u. a. die Änderung des Lagerortes bzw. der Lagerhaltung der geruchsrelevanten Abfälle auf dem Betriebsgelände oder der zeitnahe Abtransport dieser Abfälle in eine geeignete Entsorgungsanlage.

## **2.3 Arbeitsschutz**

- 2.3.1 Für das Personal sind in den verschiedenen Arbeitsbereichen wirksame und hinsichtlich ihrer Trageeigenschaft geeignete persönliche Schutzausrüstungen zur Verfügung zu stellen und diese in gebrauchsfähigem, hygienisch einwandfreiem Zustand zu halten. Die Betriebsleitung hat die Beschäftigten zum Tragen der erforderlichen persönlichen Schutzausrüstung zu verpflichten.
- 2.3.2 Fluchtwege und Notausstiege müssen ständig freigehalten werden, damit diese jederzeit benutzt werden können.
- 2.3.3 Die Fahrwege im Anlagenbereich sind in einem ordnungsgemäßen Zustand zu halten. Für die Sicherheit auf den Verkehrswegen sind geeignete Schutzmaßnahmen festzulegen.
- 2.3.4 Die Höchstfahrgeschwindigkeit auf dem Betriebsgelände wird auf 10 km/h begrenzt. Dies ist in der Betriebsordnung festzuschreiben.
- 2.3.5 Die Gefährdungsbeurteilungen nach § 5 ArbSchG, § 3 BetrSichV und § 6 GefStoffV sind für die einzelnen Tätigkeiten kontinuierlich fortzuschreiben und regelmäßig sowie anlassbezogen zu überprüfen. Auf der Grundlage der Gefährdungsbeurteilungen sind die organisatorischen und technischen Schutzmaßnahmen nach dem Stand der Technik festzulegen, die für die Sicherheit und den Gesundheitsschutz der Beschäftigten oder anderer Personen erforderlich sind. Die Beschäftigten sind bei Arbeitsantritt und dann regelmäßig, mindestens einmal im Jahr, anhand den Gefährdungsbeurteilungen zu unterweisen. Inhalt und Zeitpunkt der Unterweisung sind schriftlich festzuhalten und von den unterwiesenen Beschäftigten durch Unterschrift zu bestätigen.
- 2.3.6 Die Betriebsanweisungen für die einzelnen Arbeitsbereiche sind dauerhaft gut einsehbar für die Beschäftigten an geeigneter Stelle in der Arbeitsstätte

zur Einsichtnahme auszulegen. Die Unterweisung der Beschäftigten über die Schutzmaßnahmen und Verhaltensregeln sowie über das Verhalten bei Störungen und im Gefahrenfall muss anhand der jeweiligen Betriebsanweisung vor Aufnahme der Tätigkeit und danach mindestens einmal im Jahr mündlich und arbeitsplatzbezogen erfolgen. Inhalt und Zeitpunkt der Unterweisung sind schriftlich festzuhalten und von den unterwiesenen Beschäftigten durch Unterschrift zu bestätigen.

- 2.3.7 Kraftbetätigte Arbeitsmaschinen (z. B. Stapler, Bagger) sowie Türen und Tore sind regelmäßig unter Ermittlung der Prüffristen von einer befähigten Person überprüfen zu lassen.

## 2.4 **Abfall**

- 2.4.1 Die Lagerung von Abfällen über einen Zeitraum von mehr als einem Jahr ist nicht zulässig. Dies ist durch eine entsprechende Organisation der Ein- und Ausgänge von Abfällen sicherzustellen.
- 2.4.2 Die Abfälle sind entsprechend ihrer Eigenschaften und Gefährlichkeitsmerkmale getrennt zu lagern.
- 2.4.3 Es ist ein Nachverfolgungssystem und Kataster für gefährliche Abfälle einzurichten, mit dem Standort und Menge der Abfälle in der Anlage zu verfolgen sind.
- 2.4.4 Es sind Eingangskontrollen der Abfälle durchzuführen. Die Eingangskontrollen sind im Betriebstagebuch zu dokumentieren. Hierbei sind neben dem Abfallschlüssel und der Herkunft des Abfalls auch die einzelnen Lagermengen für die jeweiligen Lagerbereiche zu dokumentieren und zu prüfen, ob die von den Lieferanten angegebenen Abfallschlüssel sowie die Herkunft der Abfälle anhand einer Sichtkontrolle und auf Basis von Erfahrungswerten plausibel sind. Die Mitarbeiter, die die Eingangskontrolle der Abfälle durchführen, sind mindestens einmal im Jahr über die richtige Durchführung der Abfallzuordnung zu schulen. Der Nachweis über die Schulung ist durch Unterschrift der Mitarbeiter zu dokumentieren und im Betriebstagebuch zu hinterlegen.



- 2.4.5 Die festgelegten Gesamtlagerkapazitäten für gefährliche und nicht gefährliche Abfälle sowie die Lagerkapazitäten der einzelnen Abfallgruppen dürfen zu keinem Zeitpunkt überschritten werden. Die Einhaltung der genehmigten Lagermengen ist durch tägliche Prüfung der Lagerbestände zu gewährleisten. Die Einhaltung der genehmigten Lagerkapazitäten muss die Antragstellerin dem Regierungspräsidium Tübingen, Referat 54.2, auf Verlangen nachweisen.
- 2.4.6 Die Antragstellerin hat dafür Sorge zu tragen, dass die Verwertungs- und Entsorgungswege alle Anforderungen an eine ordnungsgemäße Entsorgung erfüllen.
- 2.4.7 Dem Jahresbericht nach § 31 BImSchG ist eine Jahresbilanz der In- und Outputmengen und eine Aufstellung zu den Verwertungs- bzw. Entsorgungswegen der einzelnen Abfälle für das jeweilige Berichtsjahr beizufügen.
- 2.4.8 Die festgelegten Behandlungskapazitäten für Abfälle dürfen nicht überschritten werden. Die Behandlungskapazitäten sind tagesscharf im Betriebstagebuch zu dokumentieren.
- 2.4.9 Die jeweiligen Abfallarten dürfen nur auf den Flächen zwischengelagert werden, die in den Antragsunterlagen ausgewiesen sind.
- 2.4.10 Elektro- und Elektronikaltgeräte sind bruch sicher und entsprechend dem Stand der Technik zwischenzulagern. Die Elektro- und Elektronikaltgeräte sind einer zertifizierten Erstbehandlungsanlage für Elektro- und Elektronikaltgeräte zuzuführen.
- 2.4.11 Für Abfälle, die als wassergefährdend eingestuft sind bzw. denen wassergefährdende Stoffe anhaften, dürfen nur (flüssigkeits-)dichte Container und Behälter für den Transport in die vorgesehenen Entsorgungsanlagen eingesetzt werden. Die für diese Abfälle eingesetzten Container und Behälter sind regelmäßig auf Dichtheit zu kontrollieren. Die Ergebnisse der Kontrollen sind im Betriebstagebuch zu dokumentieren.

## **2.5 Anlagenbezogener Gewässerschutz**

- 2.5.1 Ausgetretene wassergefährdende Stoffe müssen zuverlässig zurückgehalten sowie ordnungsgemäß entsorgt werden. Hierfür sind auch ausreichende Mengen an Bindemitteln auf dem Betriebsgelände zur Aufnahme von eventuell auftretenden Flüssigkeitsaustritten vorzuhalten.
- 2.5.2 Das Löschwasserrückhaltekonzept ist nach der Inbetriebnahme der Anlagen mit der örtlichen Feuerwehr abzustimmen.
- 2.5.3 Der Einsatz von Staubbindemitteln, die wassergefährdende Stoffe enthalten, ist nicht zulässig.
- 2.5.4 Falls erkennbar wird, dass gefährliche oder schädliche Stoffe in die Kanalisation gelangen oder dies zu besorgen ist, hat die Antragstellerin umgehend das Regierungspräsidium Tübingen sowie die Betreiberin der örtlichen Kläranlage zu benachrichtigen. Festgestellte Mängel sind umgehend zu beheben.
- 2.5.5 Die Betriebsflächen einschließlich ihrer Abgrenzungsmauern und Aufkantungungen sind mindestens monatlich auf ihren dichten und ordnungsgemäßen Zustand zu prüfen. Die Ergebnisse der Prüfungen sind im Betriebstagebuch zu dokumentieren. Zum 31.03. eines jeden Jahres ist zudem der Zustand der Betriebsflächen, Abgrenzungsmauern und Aufkantungungen fotografisch zu dokumentieren und im Betriebstagebuch abzulegen. Schäden an den Flächen sind unverzüglich dem Regierungspräsidium Tübingen, Referat 54.2, mitzuteilen und unverzüglich zu beheben.
- 2.5.6 Die eingesetzten Geräte und Fahrzeuge sind entsprechend den Herstellerangaben regelmäßig zu warten. Die Dichtheit bezüglich flüssiger Betriebsstoffe ist regelmäßig zu prüfen; Leckagen sind unverzüglich zu beseitigen. Durchgeführte Wartungsarbeiten sind im Betriebstagebuch zu dokumentieren.
- 2.5.7 Die Schieber zur Rückhaltung von Löschwasser von den Betriebsflächen sind monatlich auf ihre Funktionsfähigkeit zu kontrollieren. Die Kontrollen sind im Betriebstagebuch zu dokumentieren.

## **2.6 Nebenbestimmungen zur wasserrechtlichen Genehmigung**

- 2.6.1 Die Entwässerung der Betriebsflächen ist entsprechend den Antragsunterlagen auszuführen und zu betreiben.
- 2.6.2 Die Koaleszenzabscheider-Anlage ist durch einen Fachbetrieb nach WHG zu installieren.
- 2.6.3 Wird im Zuge der Baumaßnahme Grundwasser freigelegt, ist dies unverzüglich dem Regierungspräsidium Tübingen, Referat 54.2, mitzuteilen. Die Abscheideranlage ist dann ggf. mit einer Auftriebssicherung zu versehen.
- 2.6.4 Die Inbetriebnahme der Koaleszenzabscheider-Anlage ist dem Regierungspräsidium Tübingen, Referat 54.2, spätestens zwei Wochen vorab mitzuteilen. Dabei ist der sich ergebende Umfang der Eigenkontrolle gemäß der Eigenkontrollverordnung (EKVO) von der Antragstellerin systematisch für alle Anlagen zur Abwassersammlung, Ableitung und Behandlung zu ermitteln und dem Regierungspräsidium Tübingen, Referat 54.2, zu übermitteln.
- 2.6.5 Die Koaleszenzabscheider sind ständig in Betrieb zu halten. Liegen zwingende Gründe vor, den Betriebsablauf der Anlagen oder Teilabläufe auch nur kurzfristig zu unterbrechen, ist vorher das Regierungspräsidium Tübingen, Referat 54.2, zu verständigen.
- 2.6.6 Es ist unmittelbar am Ablauf der Abwasservorbehandlungsanlage eine Möglichkeit zur Probenahme zu schaffen.
- 2.6.7 Am Ablauf der Koaleszenzabscheider (Probenahmeschacht) muss für Kohlenwasserstoffe, gesamt, ein Wert von < 20 mg/l in der Stichprobe eingehalten werden. Gemäß Anhang 2 Nummer 4 der EKVO ist einmal jährlich der

Parameter Kohlenwasserstoffe am Ablauf der Abwasserbehandlungsanlage zu untersuchen. Diese Untersuchungen können entfallen, wenn

- die Abwasserbehandlungsanlage eine bauaufsichtliche Zulassung hat,
- die Abwasserbehandlungsanlage entsprechend der bauaufsichtlichen Zulassung eingebaut und betrieben wird und
- die Abwasserbehandlungsanlage regelmäßig, mindestens jedoch jährlich, entsprechend der bauaufsichtlichen Zulassung gewartet wird.

- 2.6.8 Das Regierungspräsidium Tübingen behält sich vor, die Anlage auf Kosten der Antragstellerin überprüfen und das Abwasser bis zu viermal jährlich untersuchen zu lassen. Bei Beanstandungen kann die Anzahl der Probenahmen erhöht werden. Dabei erfolgen die Überprüfung und Probenahme durch das Regierungspräsidium Tübingen bzw. in dessen Auftrag. Die Proben werden vom Chemischen- und Veterinäruntersuchungsamt, von einem kommunalen Untersuchungsamt, von anerkannten Sachverständigen oder sachverständigen Stellen untersucht.
- 2.6.9 Vor Inbetriebnahme der Abscheideranlage ist eine Generalinspektion nach DIN 1999-100 durch einen Fachkundigen durchführen zu lassen. Die Generalinspektionen sind in regelmäßigen Abständen von nicht länger als fünf Jahren durch einen Fachbetrieb durchzuführen.
- 2.6.10 In Koaleszenzabscheider-Anlagen darf nur Abwasser eingeleitet werden, das abscheidefreundliche Wasch- und Reinigungsmittel oder instabile Emulsionen enthält, die die Reinigungsleistung der Anlage nicht beeinträchtigen, d.h. Reinigungsmittel, die in Verbindung mit Leichtflüssigkeiten temporärstabile oder instabile Emulsionen bilden und somit die Reinigungsprozesse deemulgieren.
- 2.6.11 Das Abwasser darf keine organisch gebundenen Halogenverbindungen enthalten, die aus Wasch- und Reinigungsmitteln oder sonstigen Betriebs- und Hilfsstoffen stammen.
- 2.6.12 Der Nachweis, dass die in den Nummern 2.6.7 und 2.6.8 genannten Stoffe nicht eingesetzt werden, kann dadurch erbracht werden, dass alle jeweils ein-

gesetzten Wasch- und Reinigungsmittel oder sonstige Betriebs- und Hilfsstoffe in einem Betriebstagebuch aufgeführt werden und Herstellerangaben vorliegen (z. B. in Form von Sicherheitsdatenblättern), nach denen diese Stoffe nicht enthalten sind.

- 2.6.13 Zum Betrieb der Abwasseranlagen ist eine verantwortliche Person zu bestellen, die über Arbeitsweise, Bedienung und Wartung der Anlagen bzw. der einzelnen Anlagenteile ausreichend unterrichtet sein muss.
- 2.6.14 Für die regelmäßige Wartung und Entleerung des Abscheiders ist ein Wartungsvertrag mit einer zugelassenen Fachfirma abzuschließen.
- 2.6.15 Die Ergebnisse der Eigenkontrollen nach Anhang 2 Nummer 3.5 (Tabelle 3 Ziffer 9) und Nummer 4 der EKVO, Betriebsstörungen, vorgeschriebene Überprüfungen und Wartungen des Anlagenherstellers sowie Entleerung der Abscheideranlage sind im Betriebstagebuch zu dokumentieren und dem Regierungspräsidium Tübingen, Referat 54.2, auf Verlangen vorzulegen.
- 2.6.16 Werden an die Koaleszenzabscheider zusätzliche Flächen angeschlossen oder erhöht sich der Abwasseranfall, z. B. durch die Installation eines Dampfstrahlgeräts, ist dem Regierungspräsidium Tübingen, Referat 54.2, ein neuer Bemessungsnachweis vorzulegen.

## **2.7 Nebenbestimmungen zur Eignungsfeststellung der Lagerfläche für Eisen- und Nichteisenmetallspäne**

- 2.7.1 Das Gutachten zur Eignungsfeststellung nach § 63 WHG für die Errichtung der Lagerfläche für Metallspäne (Kapitel 6.2.3, [REDACTED] vom 17.05.2019, ergänzt am 16.02.2022) ist Bestandteil der Antragsunterlagen. Die darin aufgeführten technischen und organisatorischen Maßnahmen sind bei der Bauausführung vollständig umzusetzen und im späteren Betrieb zu beachten.

- 2.7.2 Die Bewehrung der Bodenplatte ist ausreichend gegen die betrieblichen Belastungen (Fahrzeuge, Abkip- und Aufladevorgänge) auszulegen. Die Ausführung der Bewehrung gemäß den statischen Erfordernissen ist vom Statiker auf der Baustelle zu kontrollieren und zu bestätigen.
- 2.7.3 Die statische Auslegung der Gesamtanlage muss die Anforderungen der Erdbebenzone 3 berücksichtigen. Die entsprechende Auslegung ist bis zur Errichtung der Lagerhalle der unteren Baurechtsbehörde vor der Baufreigabe schriftlich nachzuweisen.
- 2.7.4 Die Gewässerschutzmaßnahmen sind durch zugelassene WHG-Fachbetriebe auszuführen. Die Bestellung der WHG-Fachbetriebe sind dem Regierungspräsidium Tübingen, Referat 54.2, vorab mitzuteilen.
- 2.7.5 Eventuelle Fugen in der Bodenplatte in oder zwischen den Lagerflächen sind gemäß IVD-Merkblatt 6 mit geeigneten zugelassenen Fugendichtmaterial auszuführen.
- 2.7.6 Vor Einbau ist dem Sachverständigen für die Abnahme nach AwSV die Zulassung der vorgesehenen Dichtbahn zur Prüfung der Eignung und Freigabe vorzulegen.
- 2.7.7 Die technischen Details für das vorgesehene Dichtungskontrollsystem sind dem Sachverständigen für die Abnahme nach AwSV zur Prüfung der Eignung und Freigabe vorzulegen.
- 2.7.8 Die weitere Planung für die Ausführung der unterirdischen Rohrleitungen ist vor der Umsetzung dem Sachverständigen zur Prüfung und Freigabe vorzulegen.
- 2.7.9 Der Einbau der Dichtungsbahn ist gemäß den Anforderungen der bauaufsichtlichen Zulassung stichprobenhaft durch einen Sachverständigen zu kontrollieren.

- 2.7.10 Der Einbau des Dichtungskontrollsystems ist durch einen Sachverständigen zu kontrollieren.
- 2.7.11 Die Einstellung des zulässigen Maximalfüllstandes im unterirdischen Emulsions-Sammeltank ist so vorzusehen, dass die Entleerung rechtzeitig bei einem Füllstand von maximal 75 % des Lagertanks vorgenommen wird.
- 2.7.12 In die Betriebsanweisung für die Spänelagerung ist aufzunehmen, dass der Füllstand im Lagertank regelmäßig zu prüfen ist. Die Frist ist abhängig vom Anfall festzulegen.
- 2.7.13 In die Betriebsanweisung ist aufzunehmen, dass der Lagertank jeweils rechtzeitig nach Signalisierung durch die Überfüllsicherung zu entleeren ist.
- 2.7.14 Für die Umschlag-/Abfüllfläche vor der Halle sind geeignete Bindemittel und Aufnahmegeräte bereitzustellen.
- 2.7.15 Die Antragstellerin hat eine Anlagendokumentation gemäß § 43 AwSV mit Angaben zu Aufbau und Abgrenzung der Anlagen, Beschreibungen der Komponenten einschließlich der Zulassungen, Genehmigungen und Prüfberichte zu erstellen. Die Dokumentation ist dem Regierungspräsidium Tübingen, Referat 54.2, umgehend zukommen zu lassen.
- 2.7.16 Die Antragstellerin hat eine Betriebsanweisung gemäß § 44 Absatz 1 AwSV zu erstellen, die einen Überwachungs-, Instandhaltungs- und Notfallplan zu enthalten hat und Angaben der Sofortmaßnahmen zur Abwehr nachteiliger Veränderungen der Eigenschaften von Gewässern festlegt.
- 2.7.17 Die Beschäftigten sind vor Inbetriebnahme und wiederkehrend mindestens einmal im Jahr auf Grundlage der Betriebsanweisung zu unterweisen. Die

Unterweisung ist mit Unterschrift der Mitarbeiter zu dokumentieren und im Betriebstagebuch abzulegen.

- 2.7.18 Die Anlage ist baubegleitend und vor Inbetriebnahme sowie wiederkehrend alle 5 Jahre durch einen Sachverständigen nach AwSV zu prüfen. Die Prüfberichte sind dem Regierungspräsidium Tübingen, Referat 54.2, umgehend zu übersenden.

## **2.8 Baurecht**

- 2.8.1 Für das Bauvorhaben sind die bautechnischen Nachweise 2-fach (Standicherheit/Schallschutz) vorzulegen (§ 9 LBOVVO). Mit den Bauarbeiten darf erst begonnen werden, wenn diese bautechnischen Nachweise vorgelegt und geprüft sind (§ 17 Abs. 1 LBOVVO). Die Prüfung der Nachweise wird von der Baurechtsbehörde veranlasst. Die Baufreigabe erfolgt durch Aushändigung des Roten Punktes (Baufreigabeschein § 59 Abs. 1 LBO).
- 2.8.2 Das Baugrundstück befindet sich in der Erdbebenzone 3. Auf DIN EN 1998-1/NA (Fassung 2011-01) sowie die Planungshilfe des Innenministeriums von Baden-Württemberg wird hingewiesen; die Anwendung ist zwingend erforderlich (§ 13 Abs. 1 LBO).
- 2.8.3 Es wird empfohlen die geologischen Untergrundverhältnisse zu untersuchen und die entsprechenden Gründungsmaßnahmen so festlegen zu lassen (DIN 1054/DIN 1055), dass die Standsicherheit des Bauvorhabens gewährleistet ist.
- 2.8.4 Bei den Stahlbetonarbeiten darf mit dem Betonieren erst nach Überprüfung der Bewehrung durch den Prüfstatiker begonnen werden. Die erforderliche besondere Überprüfung durch den Bauleiter bleibt hiervon unberührt (§ 17 Abs. 1 Nr. 2 LBOVVO; DIN 1045).
- 2.8.5 Bauprodukte dürfen nur verwendet werden, wenn sie nach den §§ 17-25 LBO baurechtlich zugelassen sind.



- 2.8.6 Vor Baufreigabe ist noch ein verantwortlicher Bauleiter zu benennen. Eine entsprechende Bauleitererklärung ist der unteren Baurechtsbehörde vorzulegen (§ 42 LBO).
- 2.8.7 Der Baufreigabeschein (Roter Punkt) ist vor Baubeginn an der Baustelle — gut sichtbar von der öffentlichen Verkehrsfläche — anzubringen (§ 12 Abs. 2 LBO).
- 2.8.8 Die tragenden Bauteile des Gebäudes sind entsprechend dem Brandschutzkonzept auszuführen.
- 2.8.9 Abwasser und Oberflächenwasser dürfen nicht auf die Nachbargrundstücke sowie die öffentliche Verkehrsfläche abgeleitet werden.
- 2.8.10 Es sind entsprechend der Planung Ölabscheider einzubauen.
- 2.8.11 Auf die Abwassersatzung der Gemeinde Ofterdingen wird hingewiesen.
- 2.8.12 Auf jedem Baugrundstück ist für je angefangene 1.000 m<sup>2</sup> Grundstücksfläche ein Laubbaum (Hochstamm) zu pflanzen und auf Dauer zu erhalten. Vorhandene Bäume werden angerechnet.
- 2.8.13 Die Bepflanzung ist nach den Festsetzungen des Bebauungsplanes spätestens ein Jahr nach Fertigstellung des Gebäudes vorzunehmen.
- 2.8.14 Nach Erstellung des Schnurgerüstes ist durch den Bauleiter feststellen zu lassen, dass die Stellung (d.h. Grenzabstand) und die Höhenlage des Bauvorhabens mit den Festsetzungen im Bebauungsplan bzw. mit den genehmigten Plänen übereinstimmt. Eine Bescheinigung ist unverzüglich nach Feststellung dem Baurechtsamt vorzulegen.
- 2.8.15 Öffentliche Verkehrsflächen, Versorgungs-, Abwasser- und Meldeanlagen sowie Grundwassermessstellen, Vermessungszeichen und Grenzzeichen sind für die Dauer der Bauausführung zu schützen und, soweit erforderlich, unter

den notwendigen Sicherheitsvorkehrungen zugänglich zu halten (§ 12 Abs. 1 LBO).

- 2.8.16 Die Unfallverhütungsvorschriften und die allgemeinen Sicherheitsbestimmungen gemäß § 12 Abs. 1 LBO sind einzuhalten.
- 2.8.17 Das Lagern von Baumaterialien und Bauschutt auf Gehwegen und befahrbaren öffentlichen Flächen ist unzulässig. Falls diese Flächen für diesen Zweck in Anspruch genommen werden müssen, ist eine Sondernutzungserlaubnis bei der Stadt Mössingen (Sachgebiet 2-2 Ordnung und Verkehr) zu beantragen.
- 2.8.18 Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verschmutzung der öffentlichen Verkehrsflächen während der gesamten Bauzeit umgehend zu beseitigen ist, widrigenfalls wird ohne vorherige Ankündigung die Beseitigung durch die Gemeinde Ofterdingen veranlasst.
- 2.8.19 Es wird empfohlen, die Baufirma bzw. die Materiallieferanten darauf hinzuweisen, dass bei Beschädigung der öffentlichen Verkehrsflächen (z.B. Randstein) die Kosten einer erforderlichen Instandsetzung oder Wiederherstellung vom Verursacher zu tragen sind, kostenpflichtig ist der Bauherr.
- 2.8.20 Grundstückseigentümer sind verpflichtet, dem Landratsamt Tübingen — Abteilung Vermessung und Flurneuordnung — anzuzeigen, wenn ein Gebäude errichtet, in seiner Grundfläche oder Nutzung geändert oder abgebrochen worden ist (§ 18 Abs. 2 Vermessungsgesetz).
- 2.8.21 Die Fertigstellung des Bauvorhabens ist unverzüglich dem Baurechtsamt der Stadt Mössingen anzuzeigen. Das entsprechende Formular "Anzeige der abschließenden Fertigstellung eines Bauvorhabens" ist über den Internetauftritt der Stadt Mössingen verfügbar.
- 2.8.22 Die Fertigstellung des Bauvorhabens ist unverzüglich schriftlich bei der Gemeinde Ofterdingen anzuzeigen.

## **2.9 Brandschutz**

- 2.9.1 Die in der brandschutztechnischen Stellungnahme vom 26.10.2022, Az.: 2022-618 STE, Sinfiro, Brandschutzingenieure, getroffenen Anforderungen sind vollständig umzusetzen.

## **2.10 Sicherheitsleistung**

- 2.10.1 Die Errichtung und Inbetriebnahme der Änderung der Anlage darf erst erfolgen, nachdem durch die Antragstellerin bei der Genehmigungsbehörde – derzeit dem Regierungspräsidium Tübingen, Referat 54.2, – eine geeignete und ausreichende Sicherheitsleistung zur Sicherstellung der Erfüllung der Betreiberpflichten nach Stilllegung des Betriebs der Anlage (§ 5 Absatz 3 BIm-SchG), insbesondere zur Gewährleistung der ordnungsgemäßen Entsorgung der in der Anlage gelagerten Abfälle, in Höhe von



hinterlegt worden ist. Die Sicherheitsleistung ist dem Regierungspräsidium Tübingen spätestens 4 Wochen nach Zustellung dieser Entscheidung vorzulegen. Die Sicherheitsleistung gilt nur dann als erbracht, wenn die Genehmigungsbehörde das empfangene Sicherungsmittel schriftlich als geeignet anerkannt hat.

- 2.10.2 Die Sicherheit ist in Form einer unbedingten, unbefristeten, unwiderruflichen selbstschuldnerischen – mithin unter Verzicht auf die Einreden der Anfechtbarkeit, der Aufrechenbarkeit und der Vorklage gemäß §§ 770, 771 BGB zu erteilen – Bürgschaft eines im Inland zum Geschäftsbetrieb befugten Kreditinstituts, ausgestellt auf das Land Baden-Württemberg als Gläubiger, dieses vertreten durch das Regierungspräsidium Tübingen, zu leisten. Die Bürgschaftserklärung bedarf der Schriftform. Das Erbringen einer anderen Sicherheitsleistung ist möglich, diese muss aber eine gleichwertige Sicherheit, Handhabbarkeit und Verwertbarkeit aufweisen. Als andere Sicherheitsleistung kommt die Bürgschaft eines im Inland zum Geschäftsbetrieb befugten Versicherungsunternehmens in Betracht, die dieselben Anforderungen wie die oben genannte Bankbürgschaft aufweist.

- 2.10.3 Die Genehmigungsbehörde behält sich vor, die Höhe der Sicherheitsleistung bei Bedarf anzupassen.

Ein Anpassungsbedarf kann sich insbesondere daraus ergeben,

- dass sich die marktüblichen Entsorgungspreise für die in der Anlage zugelassenen Abfälle wesentlich ändern oder
- dass sich die Kapazität der Anlage oder die Qualität der in der Anlage zugelassenen Abfälle erheblich ändern (z. B. durch ein immissionsschutzrechtliches Anzeige- oder Genehmigungsverfahren).

- 2.10.4 Ein Betreiberwechsel der genehmigten Anlagen ist der zuständigen Behörde - derzeit dem Regierungspräsidium Tübingen, Referat 54.2 - unverzüglich, spätestens aber einen Monat vor Übergang der Anlagen auf den neuen Betreiber unter Angabe des Zeitpunktes dieses Wechsels schriftlich mitzuteilen.

- 2.10.5 Im Fall des Übergangs der genehmigten Anlagen auf einen neuen Betreiber darf dieser den Betrieb der Anlagen erst aufnehmen, nachdem er selbst bei der Genehmigungsbehörde die erforderliche Sicherheit hinterlegt hat, die nach Art und Umfang jener Sicherheit entspricht, die zum Zeitpunkt des Übergangs durch den bisherigen Betreiber bei der Genehmigungsbehörde hinterlegt ist.

- 2.10.6 Die Bürgschaftsurkunde wird zurückgegeben, wenn die Betreiberpflichten gemäß § 5 Absatz 3 BImSchG erfüllt sind, eine niedrigere Sicherheitsleistung festgesetzt wird, oder im Falle des Betreiberwechsels der neue Betreiber die erforderliche Sicherheit erbracht hat.

### **3 Begründung**

#### **3.1 Sachverhalt**

##### **3.1.1 Ausgangssituation**

Die Antragstellerin betreibt auf ihrem Betriebsgelände in 72131 Ofterdingen, Schlattwiesen 16, Flurstücknummer 3110/3, Gemarkung Ofterdingen, immissionsschutzrechtlich genehmigungsbedürftige Anlagen zur zeitweiligen Lagerung und zur Behandlung von gefährlichen und nicht gefährlichen Abfällen sowie Eisen- und Nichteisenmetallen und zum Umschlag von gefährlichen Abfällen.

##### **3.1.2 Antragstellung**

Der Antrag auf immissionsschutzrechtliche Änderungsgenehmigung vom 16.05.2022 ging am 16.05.2022 elektronisch beim Regierungspräsidium Tübingen ein. Die Antragsunterlagen wurden am 02.11.2022 ergänzt. Die Antragstellerin beantragte nach § 16 Absatz 2 Satz 1 BlmSchG von der öffentlichen Bekanntmachung des Vorhabens sowie der Auslegung des Antrags und der Antragsunterlagen abzusehen.

Beantragt wurde neben der immissionsschutzrechtlichen Änderungsgenehmigung die Baugenehmigung gemäß §§ 49 und 58 LBO für die Errichtung einer dreiseitig geschlossenen Lagerhalle für die zeitweilige Lagerung von teilweise emulsionsbehafteten Eisen- und Nichteisenmetallspänen, die Befestigung von Teilbereichen der Lager- und Hofflächen, die Errichtung von Schüttgutboxen mit Legioblocksteinen und die Errichtung einer Lärmschutzwand. Ebenso wurde eine wasserrechtliche Genehmigung gemäß § 48 WHG für die Neukonzeption der Entwässerung der Neubefestigten Betriebsflächen über einen zusätzlichen Leichtflüssigkeitsabscheider beantragt. Für die Lagerfläche der emulsionsbehafteten Eisen- und Nichteisenmetallspäne war zudem eine Eignungsfeststellung nach § 63 WHG durchzuführen.

Eine wasserrechtliche Erlaubnis für die Versickerung von Niederschlagswasser der Dachflächen der Lagerhalle für Metallspäne in eine bereits bestehende Versickerungsmulde wird in einem Parallelverfahren beantragt.

Das Vorhaben wird in den dieser Entscheidung beigefügten Antragsunterlagen beschrieben.

### 3.1.3 Zukünftig genehmigte Anlagen

Das Vorhaben umfasst die unter Ziffer 1.2 dieses Bescheides genannten Änderungen.

Die bisher genehmigten Betriebszeiten haben unverändert Bestand.

Mit der Erteilung dieser immissionsschutzrechtlichen Änderungsgenehmigung dürfen folgende immissionsschutzrechtlich genehmigungsbedürftige Anlagen betrieben werden:

Nummer nach Anhang 1 der 4. BImSchV	Anlagenteil	Kapazität (bisher)	Kapazität (zukünftig)
8.12.1.1	Zeitweilige Lagerung von gefährlichen Abfällen	90 t (Aufnahme- kapazität 20 t/d)	135 t (Aufnahme- kapazität 60 t/d)
8.11.2.2	Behandlung von gefährlichen Abfällen	9,99 t/d	9,99 t/d
8.12.2	Zeitweilige Lagerung von nicht gefährlichen Abfällen	300 t	381 t
8.11.2.4	Behandlung von nicht gefährlichen Abfällen	150 t/d	150 t/d
8.12.3.2	Lagerung von Eisen- und Nichteisenschrotten	500 t	720 t
8.15.2	Umschlag von gefährlichen Abfällen	9,99 t/d	9,99 t/d
-	Umschlag von nicht gefährlichen Abfällen	50 t/d	80 t/d

**Tabelle 6: immissionsschutzrechtlich genehmigte Anlagen**

## **3.2 Rechtliche Würdigung**

### **3.2.1 Genehmigungsbedürftigkeit**

Das Vorhaben bedarf einer immissionsschutzrechtlichen Änderungsgenehmigung nach den § 16 BImSchG in Verbindung mit §§ 1 und 2 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1b) der 4. BImSchV und den Nummern 8.11.2.2, 8.11.2.4, 8.12.1.1, 8.12.2 und 8.12.3.2 des Anhangs 1 der 4. BImSchV.

Zudem sind dieser Genehmigung gemäß § 13 BImSchG folgende, die Anlage betreffende andere behördliche Entscheidungen miteingeschlossen:

- Baugenehmigung gemäß §§ 49 und 58 LBO,
- wasserrechtliche Genehmigung nach § 48 WHG und
- Eignungsfeststellung für AwSV-Anlagen nach § 63 WHG.

### **3.2.2 Zuständigkeit**

Die Zuständigkeit des Regierungspräsidiums Tübingen ergibt sich aus § 2 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe a) der Verordnung der Landesregierung und des Ministeriums für Umwelt, Naturschutz und Verkehr über Zuständigkeiten für Angelegenheiten des Immissionsschutzes (Immissionsschutz-Zuständigkeitsverordnung – ImSchZuVO) und den §§ 10 bis 13 des Landesverwaltungsgesetzes (LVG) sowie § 3 des Landesverwaltungsverfahrensgesetzes (LVwVfG).

### **3.2.3 Verfahren**

Das Genehmigungsverfahren wurde nach den §§ 1 und 2 Absatz 1 Nummer 1b) der 4. BImSchV in Verbindung mit den Nummern 8.11.2.2, 8.11.2.4, 8.12.1.1, 8.12.2 und 8.12.3.2 des Anhangs 1 der 4. BImSchV sowie der Neunten Verordnung zur Durchführung des Bundes- Immissionsschutzgesetzes (9. BImSchV) durchgeführt.

Unter Ausübung des eingeschränkten Ermessens wurde auf den Antrag der Antragstellerin gemäß § 16 Absatz 2 Satz 1 BImSchG von der öffentlichen Bekanntmachung des Vorhabens sowie der Auslegung des Antrags und der Unterlagen gemäß § 10 Absatz 2 bis 4 und 6 bis 8 BImSchG abgesehen. Die Voraussetzungen dafür lagen vor, da der Träger des Vorhabens dies beantragt hat und erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die in § 1 BImSchG genannten Schutzgüter (Menschen, Tiere, Pflanzen, Boden, Wasser, Atmosphäre, Kultur- und sonstige Sachgüter) nicht zu besorgen sind. Durch das Vorhaben sind keine wesentlichen Erhöhungen von Staub-, Geräusch- und Geruchsemissionen zu erwarten.

Die Konzentrationswirkung der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung gemäß § 13 BImSchG führt dazu, dass alle in die immissionsschutzrechtlichen Verfahrensvorschriften anzuwenden sind und die für die eingeschlossenen Zulassungen gültigen Verfahrensvorschriften verdrängt werden.

#### 3.2.4 Beteiligung von Fachbehörden / Träger öffentlicher Belange

Nach § 10 Absatz 5 BImSchG wurden die Stellungnahmen der zu beteiligenden Fachbehörden beziehungsweise der Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch das Verfahren berührt wird, eingeholt.

Beteiligt wurden die Gemeinde Ofterdingen, das Landratsamt Tübingen (untere Wasser- und Bodenschutzbehörde, untere Naturschutzbehörde), die Stadt Mössingen (untere Baurechtsbehörde, Brandschutz) sowie der Abwasserzweckverband Steinlach-Wiesaz. Die Belange der höheren Immissionsschutzbehörde, der höheren Wasserbehörde, der höheren Abfallrechtsbehörde und der höheren Arbeitsschutzbehörde wurden vom Regierungspräsidium Tübingen in eigener Zuständigkeit geprüft.

Von den Trägern öffentlicher Belange gingen folgende Bedenken ein:

Die erforderliche Löschwasserversorgungsmenge (96 m<sup>3</sup>/h) über einen Zeitraum von zwei Stunden konnte am Standort der Antragstellerin nicht sichergestellt werden. Von Seiten der Brandschutzdienststelle der Stadt Mössingen wurde gefordert, dass ein Nachweis zur Sicherstellung der Löschwasserversorgung zu erbringen ist. Die Gemeinde Ofterdingen teilte dem Regierungspräsidium Tübingen mit Nachricht vom 23.10.2023 mit, dass die Löschwasserversorgung des Objektes der Antragstellerin mit den notwendigen Parametern über eine zusätzliche Einspeisung des Zweckverbandes Steinlach-Wasserversorgung (Dückerleitung) sichergestellt werden kann.

Voraussetzung hierfür ist, dass die örtliche Feuerwehr eine objektbezogene Alarmierung einrichtet, bei welcher auch die Bereitschaft des Zweckverbandes alarmiert wird und die vorgenannte Leitung öffnet.

Die abschließende Prüfung hat ergeben, dass die Genehmigungsvoraussetzungen vorliegen beziehungsweise durch die Festsetzungen der Nebenbestimmungen sichergestellt werden können.

Die genannten Auflagen und Hinweise der beteiligten Behörden waren daher im Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen.



### 3.2.5 Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP-Vorprüfung)

Für die Erweiterung der Anlage war nach § 9 Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 und Absatz 4 UVPG in Verbindung mit § 7 Absatz 2 UVPG in Verbindung mit Nummer 8.7.1.2 der Anlage 1 des UVPG eine standortbezogene Vorprüfung des Einzelfalls durchzuführen.

Aufgrund der standortbezogenen Vorprüfung kann das Vorhaben nach Bewertung des Regierungspräsidiums Tübingen keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen hervorrufen, die die besondere Empfindlichkeit oder die Schutzziele des Gebietes betreffen und nach § 25 Absatz 2 UVPG bei der Zulassungsentscheidung zu berücksichtigen wären.

Die wesentlichen Gründe für das Nichtbestehen der Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung sind Folgende:

Der Anlagenstandort befindet sich in einem festgesetzten Gewerbegebiet (Bebauungsplan „Schlattwiesen“). Die geplanten Änderungen erfolgen ausschließlich auf den bereits bestehenden befestigten und zum Teil geschotterten Betriebsflächen. Im Zuge des Vorhabens soll eine Befestigung des gesamten bestehenden Betriebsgeländes erfolgen. Weitere Flächen werden nicht in Anspruch genommen.

Im Bereich des Anlagenstandorts liegen besondere örtliche Gegebenheiten gemäß den in Anlage 3 Nummer 2.3 des UVPG aufgeführten Schutzkriterien vor. Südöstlich des Betriebsstandorts befindet sich in ca. 100 m Entfernung das Feuchtbiotop „Feuchtbiotop östlich der B27 N Ofterdingen“ und in ca. 180 m Entfernung das Biotop „Steinlachaltarm“. Nördlich der Anlage liegt in ca. 150 m Entfernung ein weiteres Biotop (Steinlach-Auwald). Das nächstgelegene FFH-Gebiet (Albvorland bei Mössingen und Reutlingen) liegt in ca. 250 m östlicher Richtung. Nordöstlich vom Betriebsgelände befindet sich in ca. 600 m Entfernung das Naturdenkmal „Rappenhalde“.

Durch das geplante Vorhaben sind keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen hinsichtlich Lärm-, Staub- und Geruchsemissionen zu erwarten. Auf dem Betriebsgelände werden überwiegend nicht staubende und nicht geruchsintensive Abfallstoffe gelagert. Behandlungstätigkeiten, die zu erhöhten Staubemissionen führen, werden auf dem Betriebsgelände nicht durchgeführt. Nach der schalltechnischen Untersuchung vom 26.08.2021 durch einen Sachverständigen nach § 29 BImSchG kommt es an keinem der maßgeblichen Immissionsorte zu einer Erhöhung der Zusatzbelastung durch die Anlage.

Schadstoffeinträge über den Luftpfad in den Boden sind nicht zu erwarten. Eine Verunreinigung des Bodens ist bei bestimmungsgemäßigem Anlagenbetrieb aufgrund der Beschaffenheit der eingesetzten Stoffe und der sicherheitsrelevanten Auslegung der Anlage nicht zu erwarten.

Die Lagerung der Metallspäne erfolgt niederschlagswassergeschützt in einer dreiseitig umschlossenen Lagerhalle. Die Lagerflächen und Dichtungssysteme der Lagerhalle werden nach dem Stand der Technik errichtet. Die Emulsionen werden in einem doppelwandigen und leakageüberwachten Stahltank gelagert. Die Lageranlage wird regelmäßig durch einen Sachverständigen auf Dichtheit geprüft. Eine Erhöhung des genehmigten Frisch- und Prozesswasserbedarf sowie der genehmigten Abwassermengen und Schadstoffkonzentrationen ist mit dem geplanten Vorhaben nicht verbunden. Es findet kein Eingriff in das Oberflächengewässer und Grundwasser statt. Das auf dem Gelände durch Regenniederschlag anfallende Abwasser wird über zwei bauartzugelassene Leitflüssigkeitsabscheider in die öffentliche Abwasserkanalisation eingeleitet. Löschwasserrückhaltemaßnahmen verhindern im Brandfall ein Austreten von kontaminiertem Löschwasser.

Das Unterbleiben der Umweltverträglichkeitsprüfung wurde gemäß § 5 Absatz 2 UVPG vom 08.02.2023 bis 22.02.2023 auf der Homepage des Regierungspräsidiums Tübingen öffentlich bekannt gemacht.

### 3.2.6 Materielle Genehmigungsvoraussetzungen

#### 3.2.6.1 Genehmigungsbedürfnis

Die Erweiterung stellt eine wesentliche Änderung der Abfalllager- und Behandlungsanlage der Antragstellerin im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes dar und bedarf einer Änderungsgenehmigung gemäß den §§ 4, 5, 6 und 16 Absatz 1 BImSchG in Verbindung mit den Nummern 8.11.2.2, 8.11.2.4, 8.12.1.1, 8.12.2 und 8.12.3.2 des Anhangs 1 der 4. BImSchV.

#### 3.2.6.2 Genehmigungsfähigkeit

Die Genehmigung ist gemäß § 6 Absatz 1 BImSchG zu erteilen, wenn sichergestellt ist, dass die sich aus § 5 BImSchG und einer auf Grund des § 7 BImSchG erlassenen Rechtsverordnung ergebenden Pflichten erfüllt werden (§ 6 Absatz 1 Nummer 1 BImSchG) und andere öffentlich-rechtliche Vorschriften und Belange des Arbeitsschutzes

der Errichtung und dem Betrieb der Anlage nicht entgegenstehen (§ 6 Absatz 1 Nummer 2 BImSchG).

Genehmigungsbedürftige Anlagen sind gemäß § 5 Absatz 1 BImSchG so zu errichten und zu betreiben, dass zur Gewährleistung eines hohen Schutzniveaus für die Umwelt insgesamt

- Schädliche Umwelteinwirkungen und sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit und für die Nachbarschaft nicht hervorgerufen werden können (§ 5 Absatz 1 Nummer 1 BImSchG);
- Vorsorge gegen schädliche Umwelteinwirkungen und sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen getroffen wird, insbesondere durch Maßnahmen, die dem Stand der Technik gemäß § 3 Absatz 6 BImSchG entsprechen (§ 5 Absatz 1 Nummer 2 BImSchG);
- Abfälle vermieden, nicht vermeidbare Abfälle verwertet und nicht zu verwertende Abfälle ohne Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit beseitigt werden (§ 5 Absatz 1 Nummer 3 BImSchG);
- Energie sparsam und effizient verwendet wird (§ 5 Absatz 1 Nummer 4 BImSchG).

Nach den vorgelegten Antragsunterlagen und bei Einhaltung der vorgenannten Nebenbestimmungen kann davon ausgegangen werden, dass die in § 5 BImSchG genannten Betreiberpflichten erfüllt und schädliche Umwelteinwirkungen, sonstige Gefahren, erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft nicht zu erwarten sind, sowie die Genehmigungsvoraussetzungen nach § 6 BImSchG vorliegen. Da dem Vorhaben auch keine anderen öffentlich-rechtlichen Vorschriften und Belange des Arbeitsschutzes entgegenstehen, war die immissionsschutzrechtliche Genehmigung zu erteilen.

Gemäß § 12 Absatz 1 Satz 1 BImSchG in Verbindung mit § 36 Absatz 1 VwVfG kann die Genehmigung unter Bedingungen und Auflagen erteilt werden, soweit dies erforderlich ist, um die Erfüllung der in § 6 BImSchG genannten Genehmigungsvoraussetzungen sicherzustellen. Auf dieser Grundlage wurde die Genehmigung mit Nebenbestimmungen versehen.

### 3.2.7 Inhalts- und Nebenbestimmungen

Die Nebenbestimmungen sind verhältnismäßig. Sie sind geeignet und erforderlich, um die in § 5 BImSchG genannten Pflichten des Betreibers einer genehmigungsbedürftigen Anlage sicherzustellen und den Zielen einschlägiger, nach § 7 BImSchG ergangener Rechtsverordnungen Rechnung zu tragen. Sie dienen damit der Sicherstellung der in § 6 Absatz 1 BImSchG genannten Genehmigungsvoraussetzungen. Die Nebenbestimmungen dieser Genehmigung gewährleisten insgesamt ein hohes Schutzniveau für die Umwelt und begrenzen die Umweltauswirkungen des geänderten Anlagenbetriebs. Sie sind schließlich angemessen, d. h. die Nachteile, die mit ihnen verbunden sind, stehen nicht außer Verhältnis zu den Vorteilen für die Schutzgüter gemäß § 1 BImSchG.

#### 3.2.7.1 Immissionsschutz allgemein

Die Anforderung für die Auskunftspflicht der Betreiber von Anlagen nach der Industrieemissions-Richtlinie ergibt sich nach Maßgabe des § 31 BImSchG. Der Jahresbericht eines jeden Berichtsjahres muss alle Daten und Unterlagen enthalten, die für die Überprüfung der Einhaltung der Genehmigungsanforderungen gemäß § 6 Absatz 1 Nummer 1 BImSchG erforderlich sind. Hierzu zählen u. a. Ergebnisse der Emissionsüberwachung, Berichte über Fach- und Sachverständigenprüfungen von Anlagen nach AwSV sowie Auswertungen zu den Abfallströmen (Bilanzierung der In- und Outputströme der Abfälle mit Angaben zu den Verwertungs- bzw. Entsorgungswegen).

#### 3.2.7.2 Lärm

Zum Schutz der Allgemeinheit und der Nachbarschaft vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Geräusche sowie zur Vorsorge gegen schädliche Umwelteinwirkungen durch Geräusche gemäß § 6 Absatz 1 Nummer 1, § 5 Absatz 1 Nummer 1 und 2 BImSchG, sind auf Grundlage von § 48 BImSchG, die Bestimmungen der normkonkretisierenden, technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm) einzuhalten.

Die Bestimmung der Vorbelastung in einem Gebiet kann nach der TA Lärm entfallen, wenn die Geräuschimmissionen der Anlage die Immissionswerte um mindestens 6 dB(A) unterschreiten. Der Einwirkungsbereich einer Anlage sind gemäß Nummer 2.2 der TA Lärm die Flächen, in denen die von der Anlage ausgehenden Geräusche

- einen Beurteilungspegel verursachen, der weniger als 10 dB(A) unter dem für diese Fläche maßgeblichen Immissionswert liegt oder

- Geräuschspitzen verursachen, die den für deren Beurteilung maßgebenden Immissionsrichtwert erreichen.

Zur Prüfung schädlicher Umwelteinwirkungen oder erheblicher Belästigungen in Form von Lärm liegt ein schalltechnisches Gutachten auf Basis der TA Lärm [REDACTED] vom 26.08.2021 vor. Im Lärmgutachten wurde das Lager für Abfälle mit allen An- und Abfahrten, Behandlungs- sowie Be- und Entladevorgängen berücksichtigt. Alle Beurteilungspegel unterschreiten die Immissionsrichtwerte der Nummer 6.1 der TA Lärm um mehr als 6 dB(A).

Nach Nummer 6.1 der TA Lärm dürfen einzelne, kurzzeitige Geräuschspitzen die Immissionsrichtwerte am Tage um nicht mehr als 30 dB(A) und in der Nacht um nicht mehr als 20 dB(A) überschreiten. Kurzzeitige Geräuschspitzen im Sinne dieser Technischen Anleitung sind durch Einzelereignisse hervorgerufene Maximalwerte des Schalldruckpegels, die im bestimmungsgemäßen Betriebsablauf auftreten (Nummer 2.8 TA Lärm).

Eine Betrachtung der Vorbelastung muss aufgrund der Unterschreitung der Richtwerte der TA Lärm um mehr als 6 dB(A) nicht berücksichtigt werden.

Insgesamt ist die zusätzliche Lärmbelastung durch das Vorhaben als nicht erheblich einzustufen. Die in den Nebenbestimmungen aufgeführten Maßnahmen zur Lärmmin- derung dienen der Umsetzung der Anforderungen des Immissionsschutzes hinsichtlich Schallemissionen.

Auch wenn die Prüfung der Antragsunterlagen keine Verschlechterung erwarten lässt, können im tatsächlichen Betrieb doch ggf. höhere Lärmemissionen auf- treten. Die Nebenbestimmung Nummer 2.2.2.10 ermöglicht vorsorglich, z. B. im Fall von Nachbarschaftsbeschwerden, die Lärmbelastung im tatsächlichen Betrieb quanti- fizieren zu können.

### 3.2.7.3 Vermeidung und Minderung von Staub- und Geruchsimmissionen

Zum Schutz der Allgemeinheit und der Nachbarschaft vor schädlichen Umweltein- wirkungen durch Luftverunreinigungen sowie zur Vorsorge gegen schädliche Umweltein- wirkungen durch Luftverunreinigungen und um ein hohes Schutzniveau für die Umwelt

insgesamt zu erreichen, sind die Bestimmungen der Technischen Anleitung zur Reinhaltung der Luft (TA Luft) einzuhalten.

Nach Nummer 5.2.3.1 TA Luft sollen geeignete Anforderungen zur Emissionsminderung gestellt werden, wenn das Be- oder Entladen, Transportieren, Aufbereiten oder Lagern von Stoffen zu staubförmigen Emissionen führen kann. Die Nebenbestimmungen in der Nummer 2.2.3 zielen auf die Minimierung staubförmiger Emissionen und Geruchsemissionen nach dem Stand der Technik ab.

Geruchsimmissionen durch das Änderungsvorhaben werden weitestgehend vermieden, da geruchsintensive Abfälle nur niederschlagswasser- und windgeschützt gelagert werden dürfen (z. B. in abgedeckten Containern).

#### 3.2.7.4 Arbeitsschutz

Das Vorhaben erforderte eine erneute Beurteilung der Arbeitsbedingungen. Grundlage hierfür ist § 5 ArbSchG in Verbindung mit § 3 Absatz 7 BetrSichV, wonach Gefährdungsbeurteilungen regelmäßig zu überprüfen sind.

Im Rahmen der Gefährdungsbeurteilungen sind u. a. auch Stellen, an denen besondere Gefahren des Anstoßens, Quetschens und Stürzens bestehen, zu berücksichtigen.

#### 3.2.7.5 Abfallrecht

Grundlage für die abfallrechtliche Beurteilung ist das Kreislaufwirtschaftsgesetz und die dazu ergangenen Verordnungen und Regelwerke. Darüber hinaus war durch Nebenbestimmungen sicherzustellen, dass die Anlagen zur zeitweiligen Lagerung von Abfällen nicht in den Anwendungsbereich der Nummern 8.14 des Anhangs 1 der 4. BImSchV fallen, dass eine unbeabsichtigte Vermischung von Abfällen ausgeschlossen wird und dass mit Blick auf die gelagerten Abfallmengen vorbeugend Brandrisiken gemindert werden.

Die in der Nebenbestimmung Nummer 2.4.4 aufgeführte Pflicht zur Durchführung einer Schulung der Mitarbeiter hinsichtlich der richtigen Abfallzuordnung folgt aus den Grundpflichten der Kreislaufwirtschaft nach § 7 KrWG sowie aus der Pflicht zur Getrennthaltung von Abfällen nach § 9 KrWG.

Die Nebenbestimmung Nummer 2.4.4 zur Annahmekontrolle ergibt sich aus der Anforderung, dass bereits bei der Anlieferung der Abfälle die Zuordnung der Abfälle in die einzelnen - dafür genehmigten - Bereiche erfolgen muss. Hierbei muss festgelegt werden, ob die Zusammensetzung der Abfälle zum angegebenen Abfallschlüssel passt

und in welchem Lagerbereich der Abfall gelagert werden darf. Hierbei muss für die Antragstellerin, aber auch für das Regierungspräsidium Tübingen als Überwachungsbehörde, nachvollziehbar sein, ob die Lagermengen bzw. die Anforderungen an die Lagerung (z.B. abgedeckter Container) an den jeweiligen Standorten auch eingehalten werden können.

Mit den Nebenbestimmungen Nummern 2.4.6 und 2.4.7 hat das Regierungspräsidium Tübingen die Möglichkeit, die Hochwertigkeit der Verwertung (Abfallhierarchie §§ 6, 8 KrWG) zu prüfen.

#### 3.2.7.6 Anlagenbezogener Gewässerschutz

Durch die festgelegten Nebenbestimmungen soll sichergestellt werden, dass keine wassergefährdenden Stoffe vom Betriebsgelände austreten und ein ausreichender Schutz der Oberflächengewässer, des Grundwassers sowie des Bodens sichergestellt werden kann.

Gemäß § 20 AwSV müssen Anlagen so betrieben werden, dass die bei Brandereignissen austretenden wassergefährdenden Stoffe, Lösch-, Berieselungs- und Kühlwasser sowie die entstehenden Verbrennungsprodukte mit wassergefährdenden Eigenschaften nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik zurückgehalten werden. Das Löschwasserrückhaltekonzept zeigt Maßnahmen auf, die den Austritt von Löschwasser bzw. Löschschaum aus dem Betriebsgelände verhindern sollen. Vorliegend erfolgt die Rückhaltung mit Trennschiebern, die in die Ableitungsstrecken eingebaut sind. Die regelmäßige Kontrolle der Schieber ist erforderlich, um die dauerhafte Funktionsfähigkeit auch im Brandfall zu gewährleisten.

Zur Sicherstellung der Umsetzung der Maßnahmen, ist eine Abstimmung mit der zuständigen Feuerwehr erforderlich.

Die Pflicht zur regelmäßigen Sichtkontrolle der Lagerflächen und Lagercontainer ist erforderlich, um Gefährdungen des Grundwassers oder des Oberflächenwassers durch den Austritt von wassergefährdenden Stoffen zu verhindern (§ 24 Absätze 1 und 2 AwSV).

#### 3.2.7.7 Wasserrechtliche Genehmigung gemäß § 48 WHG

Nach § 48 Absatz 1 Satz 1 WG bedarf der Bau und Betrieb einer Abwasseranlage einer wasserrechtlichen Genehmigung, soweit nicht gemäß Absatz 1 Satz 2 Nummern 1 bis 6 die Genehmigungspflicht entfällt. Abwasseranlagen sind Anlagen, die gemäß § 54 Absatz 2 WHG Abwasser sammeln, fortleiten, behandeln, einleiten, versickern, verregnen und verrieseln.

Auf dem Betriebsgelände fällt der Bau und Betrieb des Leichtflüssigkeitsabscheiders unter diese Genehmigungspflicht. Die Ausnahmetatbestände gemäß § 48 Absatz 1 Satz 2 Nummern 1, 2, 4 - 6 WG liegen nicht vor. Weiter entfällt für Abwasseranlagen zur Niederschlagswasserbeseitigung nach § 48 Absatz 1 Satz 2 Nummer 3 WG die Genehmigungspflicht, wenn die Anforderungen des § 2 Absatz 1 Nr. 2 der Verordnung des Umweltministeriums über die dezentrale Beseitigung von Niederschlagswasser vom 22.03.1999 erfüllt sind. Auch diese Anforderungen sind im vorliegenden Fall jedoch nicht erfüllt, da es sich um ein gewerblich genutztes Grundstück handelt. Die Anlagen zur Niederschlagswasserbeseitigung sind somit nicht genehmigungs- bzw. erlaubnisfrei.

Die für den Bau und Betrieb der Abwasserbehandlungsanlage für die Entwässerung der Teilbetriebsflächen gemäß § 48 Absatz 1 WG erforderliche wasserrechtliche Genehmigung wird erteilt, da die Anforderungen nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik an die Abwasserbeseitigung eingehalten werden.

Zur Nebenbestimmung Nummer 2.6.4:

Nach § 2 EKVO hat derjenige, der Abwasseranlagen betreibt, die in den Anhängen zur EKVO bezeichneten Prüfungen, Untersuchungen, Messungen und Auswertungen durchzuführen. Die Nebenbestimmung gewährleistet, dass dieser Pflicht rechtzeitig nachgekommen wird und die hierfür erforderlichen Vorbereitungsmaßnahmen ergriffen werden. Die Überwachungsbehörde erhält gleichzeitig die Möglichkeit, den vorgesehenen Umfang der Eigenkontrolle zu überprüfen.

Zur Nebenbestimmung Nummer 2.6.7:

Die Anforderungen zur Nebenbestimmung Nummer 2.6.7 ergeben sich aus Anhang 49 Abschnitt E Absatz 5 der Abwasserverordnung sowie der Eigenkontrollverordnung auf Grundlage von § 61 WHG.

Der Vorbehalt, dass die zuständige Gewässeraufsichtsbehörde Untersuchungen veranlassen kann, stützt sich auf § 100 Absatz 1 WHG.

#### 3.2.7.8 Eignungsfeststellung nach § 63 WHG

Gemäß § 63 Absatz 1 Satz 1 WHG dürfen Anlagen zum Lagern, Abfüllen oder Umschlagen wassergefährdender Stoffe grundsätzlich nur dann errichtet und betrieben



werden, wenn ihre Eignung von der zuständigen Behörde festgestellt worden ist. Dieses Erfordernis entfällt nach § 63 Absatz 3 WHG sowie nach § 41 AwSV für Anlagen nur unter den dort genannten Voraussetzungen.

Das Regierungspräsidium Tübingen ist gemäß § 82 Absatz 2 Nummer 2a des Wassergesetzes für Baden-Württemberg (WG) für die besagte Feststellung sachlich zuständig. Es ist auch örtlich zuständig, weil das Betriebsgelände der Antragstellerin, auf welchem das Betreiben der antragsgegenständlichen Lagerhalle zur zeitweiligen Lagerung von teilweise emulsionsbehafteten Eisen- und Nichteisenmetallspänen beabsichtigt ist, im Dienstbezirk des Regierungspräsidiums Tübingen liegt.

Gemäß § 62 Absatz 1 Satz 1 WHG müssen Anlagen zum Lagern wassergefährdender Stoffe im Bereich der gewerblichen Wirtschaft so beschaffen sein und so errichtet, unterhalten und betrieben werden, dass eine nachteilige Veränderung der Eigenschaften von Gewässern nicht zu befürchten ist.

Wenn die Vorgaben aus dem [REDACTED] vom 17.05.2019, ergänzt am 16.02.2022 (s. Kapitel 6 der Antragsunterlagen) und die Nebenbestimmungen dieser Entscheidung beachtet werden, kann davon ausgegangen werden, dass aus der Lageranlage keine wassergefährdenden Stoffe austreten werden, aber jedenfalls eine nachteilige Veränderung eines Gewässers nicht eintreten wird.

#### 3.2.7.9 Baurecht

Die Stadt Mössingen wurde als untere Baurechtsbehörde am Verfahren beteiligt und hat eine Stellungnahme abgegeben. Die Errichtung der o. g. baulichen Anlagen unterliegt einer Genehmigungspflicht gemäß §§ 49 und 58 LBO. Die Baugenehmigung gemäß § 58 Absatz 1 LBO wird gemäß § 13 BImSchG von dieser Entscheidung mitgeschlossen.

Das Grundstück der Antragstellerin liegt im Geltungsbereich des Bebauungsplans Schlattwiesen. Dieser Bebauungsplan setzt als zulässige Art der baulichen Nutzung ein Gewerbegebiet i.S.d. § 8 BauNVO fest.

Gemäß § 8 Absatz 1 BauNVO dienen Gewerbegebiete vorwiegend der Unterbringung von nicht erheblich belästigenden Gewerbebetrieben. Nach § 8 Absatz 2 BauNVO sind in diesem Gebiet grundsätzlich Gewerbebetriebe aller Art, Lagerhäuser, Lagerplätze und öffentliche Betriebe, Geschäfts-, Büro- und Verwaltungsgebäude, Tankstellen und Anlagen für sportliche Zwecke zulässig. Im Gegensatz hierzu dienen Industriegebiete

ausschließlich der Unterbringung von Gewerbebetrieben, und zwar vorwiegend solcher Betriebe, die in anderen Baugebieten unzulässig sind, § 9 Absatz 1 BauNVO.

Für die bauplanungsrechtliche Beurteilung der Gebietsverträglichkeit der Anlage ist zunächst von ihrer immissionsschutzrechtlichen Einordnung auszugehen. Zwar bewirkt der Umstand, dass die Anlage und ihr Betrieb nach §§ 4ff BImSchG i.V.m. der 4. BImSchV einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung bedürfen, allein noch nicht, dass sie im Gewerbegebiet unzulässig sind, wie § 15 Absatz 3 BauNVO ausdrücklich bestimmt. Allerdings ergibt sich aus dieser Norm auch, dass die Regelungen der 4. BImSchV über die Genehmigungsbedürftigkeit potentiell störender Betriebe bei ihrer bauplanungsrechtlichen Beurteilung zu berücksichtigen sind; denn die Tatsachen, die dieser Wertung des Verordnungsgebers zugrunde liegen und diese Wertung selbst begründen, geben durchaus Anhaltspunkte für die Beurteilung der Gebietsverträglichkeit (VG Freiburg, Beschluss vom 26.09.2018 – 13 K 4046/18).

Da die immissionsschutzrechtliche Genehmigungsbedürftigkeit eines Anlagentyps ein anlagentypisches Gefährdungspotential kennzeichnet, darf und muss in aller Regel ein konkretes, die Gebietsprägung beeinträchtigendes Störpotential unterstellt werden, es sei denn, es lägen im Einzelfall Voraussetzungen für ein Abweichen von dieser Bewertung vor. Die bauplanungsrechtliche Beurteilung eines gewerblichen Vorhabens erfordert eine Vorausschau, die nicht nur die aktuellen Störwirkungen des Betriebs für seine Umgebung einbezieht, sondern auch diejenigen Beeinträchtigungen, die künftig selbst bei funktionsgerechter Nutzung der Anlage eines entsprechenden Betriebstyps nicht auszuschließen sind (sog. begrenzte Typisierung, vgl. BVerwG, Urteil vom 24.09.1992 – 7 C 7.92; VGH Baden-Württemberg, Urteil vom 11.03.1997 – 10 S 2815/96).

Eine Abweichung von dieser Bewertung kommt etwa dann in Betracht, wenn das immissionsschutzrechtliche Genehmigungserfordernis für den Anlagentyp nicht oder jedenfalls nicht in erster Linie wegen der Gefahr schädlicher Umwelteinwirkungen für die Umgebung besteht oder wenn der jeweilige Betrieb in der Weise atypisch ist, dass er nach seiner Art und Betriebsweise von vornherein keine Störungen befürchten lässt und damit seine Gebietsverträglichkeit dauerhaft und zuverlässig sichergestellt ist (VG Freiburg, Beschluss vom 26.09.2018, 13 K 4046/18).

Nach der Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg (vgl. Urteil vom 17.06.1999 – 10 S 44/99; Beschluss vom 22.10.2015 – 10 S 1773/15) ist bei

der Prüfung der Atypik im Wesentlichen auf die Bauart, Größe, Leistung und Betriebsweise einer Anlage, die eingesetzten Stoffe sowie die Vorrichtungen zur Emissionsbegrenzung abzustellen. Die Einhaltung der Immissionsrichtwerte kann ein Indiz für die Annahme einer Atypik darstellen (VGH Baden-Württemberg, Beschluss vom 22.10.2015 – 10 S 1773/15). Im Übrigen kann eine Atypik auch bei ungewöhnlich aufwendigen baulichen oder technischen Vorkehrungen zum Schutz vor Immissionen angenommen werden, insbesondere bei Einsatz moderner Technologie.

Nach der Rechtsprechung kann eine Atypik auch dann anzunehmen sein, wenn ein Betrieb oder ein Teil eines Betriebs, der im Wesentlichen den emissionsträchtigen Teil der Anlage darstellt, in einer Hallenbaukonstruktion (Einhausung) durchzuführen ist (VGH Baden-Württemberg, Beschluss vom 05.03.1996 – 10 S 2830/95; VGH Baden-Württemberg, Urteil vom 17.06.1999, 10 S 44/99). Eine Einhausung führt jedoch nur dann zu einer erheblichen, eine Atypik begründenden Immissionsverringerung, wenn die Anlage auch tatsächlich eingehaust, d.h. in alle Richtungen umschlossen ist (VGH Baden-Württemberg, Beschluss vom 26.02.2019 – 10 S 2322/18). Zu berücksichtigen ist in diesem Zusammenhang, dass verhaltensbezogene, von der Befolgung durch Betriebsangehörige abhängige Auflagen regelmäßig nicht geeignet sind, eine atypische Betriebssituation dauerhaft zu begründen (VGH Baden-Württemberg, Beschluss vom 22.10.2015, 10 S 1773/15).

Die bauplanungsrechtliche Zulässigkeit des geplanten Vorhabens „Errichtung einer Lagerhalle für Metallspäne, Erhöhung der Lagerkapazität für gefährliche und nicht gefährliche Abfälle und Erweiterung der Behandlungskapazität für gefährliche und nicht gefährliche Abfälle“ wurde von der unteren Baurechtsbehörde der Stadt Mössingen sowie durch das Regierungspräsidium Tübingen, Referat 21 - Raumordnung, Baurecht, Denkmalschutz geprüft.

In der Spänehalle wird ausschließlich die Emulsion von den Spänen durch Schwerkraftwirkung bei der Lagerung abgetrennt. Shredder, Pressen o. ä. Behandlungsaggregate sind nicht Gegenstand des geplanten Änderungs genehmigungsverfahrens. Lärmrelevant sind ausschließlich die An- und Ablieferungen sowie die Beladungs- und Entladungsvorgänge der Metallspäne. Dass die geplante Anlage die maßgeblichen Immis-

sionsrichtwerte der TA Lärm einhalten kann, ist eine notwendige Bedingung ihrer Genehmigungsfähigkeit, aber kein ausreichender Anhaltspunkt für eine Atypik<sup>1</sup>. Vorliegend werden jedoch die Immissionsrichtwerte der TA Lärm um mehr als 6 dB(A) an allen maßgeblichen Immissionsorten unterschritten (Einhaltung der Irrelevanzschwelle).

Es handelt sich um eine AwSV-konforme, überdachte und befestigte Lagerfläche, die nach dem Stand der Technik entwässert wird. Staubemissionen bei der Abladung der Späne können ausgeschlossen werden.

Eine Gesamtschau der o.g. Umstände spricht daher nach Prüfung für eine Gewerbegebietsverträglichkeit des geplanten Vorhabens.

#### 3.2.7.10 Brandschutz

Der Feuerwehrkommandant der Stadt Mössingen wurde am Verfahren beteiligt. Bei antragsgemäßer Ausführung und der Umsetzung der Vorgaben aus der brandschutztechnischen Stellungnahme (Sinfiro Brandschutzingenieure, Az.: 2022-618) ist das Vorhaben aus Sicht des Brandschutzes genehmigungsfähig.

#### 3.2.7.11 Sicherheitsleistung

Zur Sicherstellung von Stilllegungs- und Nachsorgeverpflichtungen aus § 5 Absatz 3 BImSchG soll dem Betreiber einer Abfallentsorgungsanlage im Sinne von § 4 Absatz 1 Satz 1 BImSchG regelmäßig eine Sicherheitsleistung als Nebenbestimmung auferlegt werden (§ 12 Absatz 1 Satz 2 BImSchG).

Die Pflicht zur Vorlage der Sicherheitsleistung gemäß Nebenbestimmung Nummer 2.10 dieser Entscheidung stellt eine aufschiebende Bedingung gemäß § 36 Absatz 2 Nummer 2 LVwVfG dar.

Bei der Festsetzung der Sicherheitsleistung hat die Behörde kein Entschließungsermessen. Der zuständigen Behörde ist durch die Soll-Vorschrift nur ein sogenanntes „gebundenes“ Ermessen eröffnet. Die Sicherheitsleistung ist daher in der Regel zu fordern. Abweichungen sind nur bei atypischen, besonders begründeten Einzelfällen möglich.

---

<sup>1</sup> VGH München, Beschluss vom 11.07.2013 – 22 ZB 13.331.

In der Art und Höhe der zu erbringenden Sicherheit räumt § 12 Absatz 1 BlmSchG der Behörde hingegen ein Auswahlermessen ein.

#### 3.2.7.11.1 Zweck der Sicherheitsleistung

Die Sicherheitsleistung verfolgt den Zweck, die immissionsschutzrechtlichen Nachsorgepflichten des § 5 Absatz 3 BlmSchG präventiv durchzusetzen bzw. die fiskalischen Interessen der öffentlichen Hand abzusichern, nämlich im Fall sachlicher und finanzieller Schwäche oder Insolvenz des Anlagenbetreibers die öffentlichen Kassen vor allem vor Sicherungs-, Sanierungs- und Entsorgungslasten zu bewahren. Hierfür genügt das allgemeine latent vorhandene Liquiditätsrisiko des Betreibers, ohne dass konkrete Umstände bestehen müssen, dass die öffentliche Hand bei Insolvenz der Antragstellerin auf den Entsorgungskosten der Abfälle sitzen bleiben würde (BVerwG, Urteil vom 13.03.2008 – 7 C 44.07).

Besondere Umstände, die die Auferlegung einer Sicherheitsleistung entbehrlich erscheinen lassen, insbesondere das Wegfallen der oben genannten Risiken, sind nicht ersichtlich. Es liegt kein atypischer Fall vor, der ein Absehen von der Anordnung einer Sicherheitsleistung rechtfertigen würde, da die Antragstellerin keine öffentliche Einrichtung oder ein öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger ist.

#### 3.2.7.11.2 Höhe der Sicherheitsleistung

Die Höhe der Sicherheitsleistung steht im pflichtgemäßen Ermessen der Behörde.

Maßgeblich für die Höhe der Sicherheitsleistung sind die voraussichtlichen Kosten der Entsorgung der maximal zulässigen (genehmigten) Menge an gelagerten bzw. im Behandlungsprozess befindlichen Abfälle, denn der konkrete Umfang der bei einer möglichen Betriebseinstellung auf dem Betriebsgrundstück zu entsorgenden Abfälle ist nicht vorhersehbar.

Die Entsorgungskosten berechnen sich als Produkt aus der maximal zulässigen Lager- bzw. Behandlungsmenge für jede einzelne Abfallart in Tonnen multipliziert mit einem durchschnittlichen Entsorgungspreis je Tonne der betreffenden Abfallart.

Bei einer Abfallmenge mit mehreren angegebenen genehmigten Abfallschlüsseln ist der Abfallschlüssel mit den teuersten Entsorgungskosten für die betreffende Abfallmenge in die Berechnung einzustellen (worst case), denn die Höhe der Sicherheitsleistung soll die Entsorgungskosten des genehmigungsrechtlich zulässigen Umfangs aller erzeugten und gelagerten Abfälle abdecken.

Abfälle mit positivem Marktwert (z.B. Papier und Pappe sowie Metallabfälle) bleiben in diesem Zusammenhang unberücksichtigt, wobei allerdings auch keine saldierende Aufrechnung möglicher Erlöse aus dem Verkauf erfolgen darf.

Nicht berücksichtigt werden darüber hinaus Batterien, Lithiumbatterien und Leuchtstoffröhren, da bezüglich dieser Abfälle eine gesetzliche Rücknahmeverpflichtung der Hersteller nach dem Batteriegesetz bzw. Elektro- und Elektronikgerätegesetz besteht.

Für die Festlegung der Höhe der Sicherheitsleistung wurde der Antragstellerin die Gelegenheit gegeben, Angaben zu Entsorgungskosten für einzelne Abfallarten zu machen. Weiter wurden bei der Landesanstalt für Umwelt Baden-Württemberg (LUBW) vorliegende Daten für die Festlegung herangezogen.

Bei der Festsetzung der Höhe der Sicherheitsleistung hat sich das Regierungspräsidium Tübingen an der beantragten maximal zulässigen Lagermenge der einzelnen Abfallarten, differenziert nach gefährlichen und nicht gefährlichen Abfällen, und den derzeit marktüblichen realistischen Preisen für deren Entsorgung orientiert (siehe Anlage „Kalkulationsgrundlage Sicherheitsleistung“).

Im Rahmen einer Prognose wurden, für den Fall eines wirtschaftlichen Ausfalls der Antragstellerin, die voraussichtlichen Kosten einer Ersatzvornahme (ordnungsgemäße Beseitigung oder Verwertung von Abfällen inklusive Transport) einschließlich Mehrwertsteuer berücksichtigt. Dabei wurde ein nicht gesicherter positiver Marktwert regelmäßig nicht berücksichtigt.

Im Hinblick auf Sinn und Zweck der Sicherheitsleistung werden günstige Entsorgungswege bzw. Entsorgungspreise der Antragstellerin nicht zu Grunde gelegt, da deren dauerhafter Bestand nicht gesichert ist.

Die für die Bestimmung der Sicherheitsleistung zugrunde gelegten Beträge stellen bei den laufenden Nummern 1-74 der Anlage „Kalkulationsgrundlage Sicherheitsleistung“ den Mittelwert der landesweit festgesetzten Entsorgungskosten dar.

Die LUBW führt hierzu eine Liste der in Baden-Württemberg festgesetzten Kosten und ermittelt deren Mittelwert. Diese Beträge wurden vom Regierungspräsidium Tübingen angesetzt.

Die Behörden können sich bei der Ermittlung des Sachverhalts nach pflichtgemäßem Ermessen grundsätzlich aller Erkenntnismittel bedienen (Freibeweis), die nach den Grundsätzen der Logik, nach allgemeiner Erfahrung und/oder wissenschaftlicher Erkenntnis geeignet sind oder sein können, ihre Überzeugung vom Vorhandensein oder vom Nichtvorhandensein bestimmter entscheidungserheblicher Tatsachen von der Richtigkeit einer Beurteilung und Wertung von Tatsachen zu begründen (Kopp/Ramsauer, VwVfG, § 26 Rn. 9).

Dabei ist es der Behörde nicht verwehrt, die Sicherheit in einer Höhe festzusetzen, die sich auf der „sicheren Seite“ dessen bewegt, was bei einer genügend tatsächengestützten Prognose an wirtschaftlichen Risiken für die Allgemeinheit abgesichert werden darf. Sicherheiten sind im Wirtschaftsleben vielfach gebräuchlich und werden so bemessen, dass jenseits extrem zugespitzter Szenarien wirkliche Sicherheit entsteht. Damit besteht Raum anderem für behördliche Pauschalisierungen und damit einhergehende Vereinfachungen (OVG Münster, Beschluss vom 4. Juni 2021 – 20 B 883/20, ZUR 2021, 558).

Dem Regierungspräsidium Tübingen sind keine Gründe ersichtlich, dass die Listen der für die Ermittlung des Durchschnittspreises nicht geeignet sein sollten.

Die voraussichtlichen Transportvorbereitungs- und Transportkosten, Kosten für die Analyse der zu entsorgenden Abfälle sowie eventuelle Kostensteigerungen sind als weitere Nebenkosten in der Regel ebenfalls zu berücksichtigen. Dieser „Sicherheitszuschlag“ soll auch gewährleisten, dass die Sicherheitsleistung in der angeordneten Höhe nicht bereits nach relativ kurzer Zeit angepasst werden muss. Auch ist der gewählte Sicherheitszuschlag von grundsätzlich 5-20 % der Sicherheitsleistungssumme, hier 10 % unbestritten zulässig (so BVerwG, Urteil vom 13.03.2008 – 7 C 44/07).

Die Höhe der Sicherheitsleistungen setzt sich im Einzelnen gemäß den immissionschutzrechtlichen Genehmigungsunterlagen wie aus der Anlage „Kalkulationsgrundlage Sicherheitsleistung“ zusammen:

Die Sicherheitsleistung für die gelagerten Abfallmengen beträgt insgesamt [REDACTED] Euro. Sie bemisst sich nach den geschätzten Gesamtentsorgungskosten pro Tonne von [REDACTED] Euro (Summe) zuzüglich eines Sicherheitszuschlags (für Transportkosten und Unvorhergesehenes) von 10 % in Höhe von [REDACTED] Euro. Die Höhe der Sicherheitsleistung unterliegt der regelmäßigen Prüfung auf das Erfordernis der Anpassung an die aktuellen Entsorgungskosten.

In Nummer 2.10.3 dieser Entscheidung ist die Möglichkeit der Anpassung der Sicherheitsleistung für den Fall vorgesehen, dass dies aufgrund von Preisentwicklungen geboten erscheint. Eine Neubewertung der Höhe der Sicherheitsleistung kann auch aufgrund einer anzeige- oder genehmigungspflichtigen Änderung des Anlagenbetriebs erforderlich werden, wenn sich die Änderung auf die Kapazität der Anlage oder die Qualität der in ihr zugelassenen Abfälle bezieht.

#### 3.2.7.11.3 Art der Sicherheitsleistung

Bei der Wahrnehmung des Auswahlermessens bezüglich der Art und Weise der Sicherheitsleistung ist in erster Linie auf den Zweck der Vorschrift des § 12 Absatz 1 Satz 2 BImSchG abzustellen. Entscheidende Kriterien bei der Auswahl der Art der Sicherheitsleistung sind Werthaltigkeit, Insolvenzfestigkeit, Durchsetzbarkeit als auch Zweckmäßigkeit. Es besteht ein behördliches Interesse, ein möglichst insolvenzfestes Sicherungsmittel zu erhalten.

Das Abverlangen einer bei der Genehmigungsbehörde zu hinterlegenden selbstschuldnerischen Bürgschaft einer inländischen Bank oder Versicherung ist die Sicherheitsleistung, die die fiskalischen Interessen der Genehmigungsbehörde am besten absichert, da sie die größte Sicherheit bietet, einen direkten Zugriff und eine schnelle (marktneutrale) Realisierung erlaubt.

Ebenso geeignet ist die selbstschuldnerische Bürgschaft einer Bank oder Versicherung mit Sitz im Ausland, die im Inland eine oder mehrere Niederlassungen unterhält. Bürgschaften von Banken oder Versicherungen, die nicht zum Geschäftsbetrieb im Inland befugt sind, stellen ein weit weniger taugliches Sicherungsmittel dar.

Bei Bürgschaften von Banken oder Versicherungen ohne Geschäftsbetrieb im Inland können insbesondere die Sprachbarriere und die Notwendigkeit der Beauftragung eines ausländischen Rechtsanwalts zur Geltendmachung der Ansprüche aus der Bürgschaft Hindernisse darstellen, die derartige Bürgschaften erheblich entwerten können.

Etwas Anderes kann allenfalls dann gelten, wenn sich Banken oder Versicherungen ohne Geschäftsbetrieb im Inland, aber mit Sitz oder Niederlassung in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union der Zuständigkeit der deutschen Gerichtsbarkeit und deutschem Rechts unterwerfen und einen Zustellungsbevollmächtigten im Inland benennen. Nur in diesem Fall kommen auch diese Banken oder Versicherungen als taugliche Bürgen in Betracht, da nur dann gewährleistet ist, dass die Ansprüche gegen diese Banken oder Versicherungen mit einem deutschen Gerichtsstand unproblematisch im Inland geltend gemacht werden können.



Das Regierungspräsidium Tübingen behält sich vor, im Einzelfall zu prüfen, ob die Bürgschaft einer bestimmten Bank oder Versicherung insbesondere dann abgelehnt werden kann, wenn die Bank oder Versicherung staatliche Hilfe in Anspruch nimmt oder es anderweitige Hinweise auf die fehlende Solvenz der Bank oder Versicherung gibt.

Die Bürgschaftserklärung ist als geeignet anzusehen, wenn sie inhaltlich dem in der Anlage beigefügten Muster entspricht.

#### 3.2.7.11.4 Übertragung der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung

Bei der Auferlegung der Sicherheitsleistung handelt es sich um eine anlagenbezogene Regelung. Sie gilt auch gegenüber dem Rechtsnachfolger.

Im Falle des Übergangs der Anlage auf einen neuen Betreiber darf dieser den Betrieb der Anlage erst aufnehmen, nachdem er selbst die erforderliche Sicherheit entsprechend den obenstehenden Vorgaben bei der Genehmigungsbehörde hinterlegt hat.

Die Nachsorgepflichten des § 5 Absatz 3 BImSchG sind betreiberbezogen. Daher muss sich das Sicherungsmittel auf den jeweiligen Betreiber als namentlich benannte, natürliche oder juristische Person beziehen. Der Genehmigungsbehörde ist ein Betreiberwechsel, d.h. eine Verschmelzung, eine Änderung der Gesellschaftsform etc. unverzüglich, spätestens aber einen Monat vor Übergang der Anlagen auf den neuen Betreiber, unter Angabe des Zeitpunktes dieses Wechsels, mitzuteilen, damit die Genehmigungsbehörde vom neuen Betreiber eine entsprechende Sicherheitsleistung rechtzeitig anfordern und auf ihre Geeignetheit hin prüfen kann.

Der bisherige Betreiber erhält nach dem Übergang der Anlage auf einen neuen Betreiber, die von ihm hinterlegte Bürgschaftsurkunde zurück, nachdem entweder

- durch Vertreter der zuständigen Behörde im Rahmen einer Kontrolle vor Ort und ggfs. durch Auswertung weiterer Unterlagen festgestellt wurde, dass der bisherige Anlagenbetreiber zum Zeitpunkt der Beendigung des Betriebs der Anlage durch ihn, die Anlage von allen gelagerten Abfällen geräumt und diese ordnungsgemäß entsorgt hat oder
- falls die Anlage mit den gelagerten Abfällen auf den neuen Betreiber übergeht, nachdem der neue Betreiber seinerseits die erforderliche Sicherheit bei der Genehmigungsbehörde hinterlegt hat.

### 3.2.8 Erlöschen der Genehmigung

Rechtsgrundlage für die auflösende Bedingung in Nummer 1.4 dieser Entscheidung wonach die Genehmigung erlischt, wenn innerhalb einer von der Genehmigungsbehörde gesetzten Frist nicht mit dem Betrieb der Anlage begonnen wird, ist § 18 Absatz 1 Nummer 1 BImSchG. Mit der Fristsetzung wird dem Umstand Rechnung getragen, dass sich mit zunehmendem zeitlichem Abstand zwischen Erteilung und Inanspruchnahme der Genehmigung zunehmend auch die tatsächlichen und rechtlichen Verhältnisse verändern können. Dies kann Auswirkungen auf die Genehmigungsvoraussetzungen haben und die verfolgten Schutz- und Vorsorgeziele gefährden. Eine Fristsetzung ist daher insbesondere im öffentlichen Interesse, wenn es sich wie hier um eine Anlage nach der IE-Richtlinie handelt, für die besondere Anforderungen Anwendung finden. Es wird daher eine Frist von drei Jahren als angemessen angesehen. Sie gibt unter Wahrung des vorgenannten öffentlichen Interesses der Antragstellerin ausreichend Spielraum und Planungssicherheit.

## 4 Gebühren

### 4.1 Gesamtgebühr

Für die Erteilung dieser immissionsschutzrechtlichen Änderungsgenehmigung wird unter Nummer 1.7 dieser Entscheidung eine Gesamtgebühr in Höhe von [REDACTED] Euro festgesetzt.

Diese Gebühr setzt sich zusammen aus einer Gebühr für die immissionsschutzrechtliche Genehmigung (inklusive der Gebühr für die standortbezogene UVP-Vorprüfung), für die Baugenehmigung, die miteingeschlossene Eignungsfeststellung sowie für die wasserrechtliche Genehmigung.

Die Gebühren wurden nach § 7 LGebG unter Zugrundelegung des für die Entscheidung erforderlichen Verwaltungsaufwands und unter Berücksichtigung des wirtschaftlichen und sonstigen Interesses der Antragstellerin festgesetzt.

Die Gebühr wird nach § 18 LGebG mit der Bekanntgabe dieses Bescheides zur Zahlung fällig und ist an die Landesoberkasse Baden-Württemberg auf das oben angegebene Konto zu überweisen. Wird die Gebühr nicht innerhalb eines Monats nach Fälligkeit entrichtet, wird nach § 20 LGebG für jeden angefangenen Monat der Säumnis ein Säumniszuschlag von 1 von Hundert des rückständigen, auf volle 50 Euro nach unten abgerundeten Betrages erhoben.

#### 4.2 Gebühr für die immissionsschutzrechtliche Änderungsgenehmigung, inklusive der Gebühr für die standortbezogene UVP-Vorprüfung

Der Gebührenberechnung liegen folgende Investitionskosten zugrunde:

Art der Kosten	Angabe laut Antragsunterlagen (inkl. Mehrwertsteuer)
Anlagekosten (technische Ausstattung)	██████ Euro
Baukosten inkl. Baunebenkosten	██████ Euro
Gesamtkosten	██████ Euro

Die immissionsschutzrechtliche Gebührenentscheidung beruht auf den § 1, 3, 4, 5, 7, 12 und 14 des Landesgebührengesetzes (LGebG) in Verbindung mit § 1 Absatz 1 der Gebührenverordnung des Umweltministeriums (GebVO UM) und den Nummern 8.4.1, 8.8.2 in Verbindung mit der Nummer 8.1.1 der Anlage zur GebVO UM.

Zu Grunde gelegt wurden Investitionskosten in Höhe von ██████ Euro

Die Gebühr berechnet sich wie folgt:  $0,8 \% \text{ von } \text{██████ Euro} = \text{██████ €} \times 75 \% (= \text{██████ €}) \times 125 \% = \text{██████}$

#### 4.3 Gebühr für die miteingeschlossene baurechtliche Genehmigung

Zusätzlich wird gemäß Anmerkungen zu den Nummern 8 bis 8.18.3 (2) GebVerz UM in Verbindung mit § 1 Absatz 1 GebVO WM und der Nummer 13.1.1 GebVerz WM eine Gebühr in Höhe von ██████ Euro festgesetzt.

Die Gebühr berechnet sich wie folgt:  $0,004 \% \text{ von } \text{██████ € (Baukosten)} = \text{██████ Euro.}$

#### 4.4 Gebühr für die miteingeschlossene Eignungsfeststellung

Die Gebühr beruht auf den §§ 1, 3, 4, 5, 7, 12 und 14 des Landesgebührengesetzes (LGebG) in Verbindung mit § 1 Absatz 1 Satz 1 der Verordnung des Umweltministeriums über die Festsetzung der Gebührensätze für öffentliche Leistungen der staatlichen Behörden in seinem Geschäftsbereich (GebVO UM) und Nummer 13.6.1 des Gebührenverzeichnisses zur GebVO UM. Danach reicht der Gebührenrahmen von 50 EUR bis 10.000 EUR. Im vorliegenden Fall wird die Gebühr auf ██████ EUR festgesetzt und wie folgt berechnet:

■■■■■ = ■■■■ EUR

#### 4.5 Gebühr für die miteingeschlossene wasserrechtliche Genehmigung

Zusätzlich wird gemäß Anmerkungen zu den Nummern 13 bis 13.9.3 GebVerz UM in Verbindung mit Nummer 13.2.1 GebVerz UM eine Gebühr in Höhe von ■■■■ Euro festgesetzt.

Die Gebühr wird wie folgt berechnet:

■■■■■

#### 4.6 Zusammensetzung der Gesamtgebühr

	Gebühr
immissionsschutzrechtliche Änderungsgenehmigung, inklusive der Gebühr für die standortbezogene UVP-Vorprüfung	■■■■■ Euro
baurechtliche Genehmigung	■■■■■ Euro
Eignungsfeststellung	■■■■■ Euro
wasserrechtliche Genehmigung	■■■■■ Euro
Gesamtgebühr	■■■■■ Euro

### 5 Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diese Entscheidung kann innerhalb eines Monats beim Verwaltungsgericht Sigmaringen mit dem Sitz in Sigmaringen Klage erhoben werden.

Mit freundlichen Grüßen

■■■■■

## **6 Hinweise**

### **6.1 Allgemein**

- 6.1.1 Die Genehmigung ergeht unbeschadet behördlicher Entscheidungen, die gemäß § 13 BImSchG nicht von der Genehmigung eingeschlossen werden (§ 21 Absatz 2 der 9. BImSchV).
- 6.1.2 Die Erhebung einer Klage gegen diese Entscheidung entfaltet keine aufschiebende Wirkung für die Fälligkeit der festgesetzten Gebühr. Die Gebühr ist fristgemäß zu bezahlen und wird zurückerstattet, soweit die Klage Erfolg hatte.
- 6.1.3 Die Antragstellerin hat bei allen Ereignissen mit schädlichen Umwelteinwirkungen das Regierungspräsidium Tübingen unverzüglich zu unterrichten, soweit sie nicht bereits nach § 4 des Umweltschadensgesetzes hierzu verpflichtet ist (vgl. § 31 Absatz 4 BImSchG). Wird festgestellt, dass Anforderungen gemäß § 6 Absatz 1 Nummer 1 BImSchG nicht eingehalten werden, hat die Antragstellerin dies dem Regierungspräsidium Tübingen unverzüglich mitzuteilen (vgl. § 31 Absatz 3 BImSchG).
- 6.1.4 Die Brandschutzmaßnahmen, insbesondere auch hinsichtlich einer ausreichenden Menge an Sand oder Metallbrandpulver, sind mit der zuständigen Brandschutzdienststelle abzustimmen.
- 6.1.5 Die Handhabung und die Anforderung zur Löschwasserrückhaltung sind mit der zuständigen Brandschutzdienststelle abzustimmen.

### **6.2 Immissionsschutz**

- 6.2.1 Der Betreiber der genehmigungsbedürftigen Anlagen hat einen oder mehrere Betriebsbeauftragte für Immissionsschutz zu bestellen. Die Betriebsbeauftragten für Immissionsschutz müssen die zur Erfüllung der Aufgaben entsprechend § 54 BImSchG die erforderliche Fachkunde und Zuverlässigkeit ent-

sprechend §§ 7-10 der 5. BImSchV besitzen. Die Bestellung von Immissions-schutzbeauftragten und die Bezeichnung von deren Aufgaben sowie deren Abberufung sind beim Regierungspräsidium Tübingen anzuzeigen.

### **6.3 Arbeitsschutz**

6.3.1 Gefährdungsbeurteilungen sind aufgrund des Arbeitsschutzgesetzes (Arb-SchG), der Arbeitsstättenverordnung (ArbStättV), der Biostoffverordnung (BioStoffV), der Gefahrstoffverordnung (GefStoffV), der Lastenhandhabungs-verordnung (LasthandhabV), der Lärm- und Vibrations-Arbeitsschutz-Verord-nung (LärmVibrationsArbSchV) und der Betriebssicherheitsverordnung (Be-trSichV) durchzuführen (auch für Arbeitsmittel).

6.3.2 Arbeitsmittel oder überwachungsbedürftige Anlagen im Sinne der Betriebssi-cherheitsverordnung sind vor Inbetriebnahme und erforderlichenfalls wieder-kehrend zu prüfen.

6.3.3 Die Verordnung über Arbeitsstätten (Arbeitsstättenverordnung – ArbStättV), insbesondere die Anforderungen und Maßnahmen für Arbeitsstätten nach § 3 Absatz 1 ArbStättV in Verbindung mit Anhang 1 Nummer 4 sowie die auf-grund § 7 Absatz 4 ArbStättV bekannt gegebenen Technischen Regeln für Arbeitsstätten (ASR), u. a.:

- ASR A1.8 - Verkehrswege,
- ASR A2.1 - Schutz vor Absturz und herabfallenden Gegenständen, Betreten von Gefahrenbereichen,
- ASR A2.2 - Maßnahmen gegen Brände,
- ASR A2.3 - Fluchtwege und Notausgänge, Flucht- und Rettungsplan,
- ASR A3.4 - Beleuchtung,
- ASR A3.4/3 - Sicherheitsbeleuchtung, optische Sicherheitsleitsys-teme,
- ASR A4.1 - Sanitärräume,
- ASR A4.2 - Pausen- und Bereitschaftsräume.

sind zu beachten und umzusetzen.

Darüber hinaus sind folgende Technische Regeln für den Umgang mit Gefahrstoffen zu beachten:

- TRGS 201 - Einstufung und Kennzeichnung bei Tätigkeiten mit Gefahrstoffen,
- TRGS 400 - Gefährdungsbeurteilung für Tätigkeiten mit Gefahrstoffen,
- TRGS 401 - Gefährdung durch Hautkontakt,
- TRGS 500 - Schutzmaßnahmen,
- TRGS 555 - Betriebsanweisung und Information der Beschäftigten.

6.3.4 Der Arbeitgeber hat gemäß § 8 Absatz 1 LärmVibrationsArbSchV den Mitarbeitern Gehörschutz zur Verfügung zu stellen, falls der untere Auslösewert nach § 6 Absatz 1 mit einem Tages-Lärmexpositionspegel  $LEX_{8H}$  von 80 dB(A) bzw. der Spitzenschalldruckpegel  $L_{pC,peak}$  von 135 dB(C) trotz Durchführung der Maßnahmen nach § 7 Absatz 1 nicht eingehalten werden kann.

6.3.5 Durch die verantwortlichen Personen nach § 13 ArbSchG sind die Beschäftigten über Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit gemäß § 12 ArbSchG zu unterweisen bzw. gemäß § 14 ArbSchG zu unterrichten.

## 6.4 Abfall

6.4.1 Es ist ein Abfallregister gemäß § 49 KrWG in Verbindung mit §§ 24 und 25 der Nachweisverordnung (NachwV) zu führen. Dieses ist mindestens für einen Zeitraum von fünf Jahren ab dem Nachweis der letzten Entsorgung aufzubewahren und der zuständigen Überwachungsbehörde auf Verlangen vorzulegen.

6.4.2 Bei der Verbringung von Abfällen ins Ausland sind die entsprechenden Regelungen der Verordnung (EG) Nr. 1013/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Verbringung von Abfällen und des Abfallverbringungsgesetzes (AbfVerbrG) zu beachten.

6.4.3 Die Anforderungen der GewAbfV zur Eigenkontrolle nach § 10 GewAbfV und zur Fremdkontrolle nach § 11 GewAbfV sind zu beachten und umzusetzen.

- 6.4.4 Auf die Vorgaben zur Führung eines Betriebstagebuches gemäß § 12 GewAbfV wird hingewiesen.
- 6.4.5 Der Betreiber der genehmigungsbedürftigen Anlagen hat gemäß § 59 Absatz 1 KrWG einen oder mehrere Betriebsbeauftragte für Abfall zu bestellen und mit den Aufgaben gemäß § 60 KrWG zu betrauen. Die Anforderungen an die Fachkunde und Zuverlässigkeit der Abfallbeauftragten ergeben sich aus §§ 8 und 9 der AbfBeauftrV. Die Bestellung von Abfallbeauftragten und die Bezeichnung von deren Aufgaben sowie deren Abberufung sind beim Regierungspräsidium Tübingen anzuzeigen.

## **6.5 Anlagenbezogener Gewässerschutz**

- 6.5.1 Die Grundsatzanforderungen an Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen nach § 17 Absätze 1 und 2 AwSV sind zu beachten. Dies bedeutet insbesondere die Verpflichtung, die Anlagen dicht, standsicher und gegenüber den zu erwartenden mechanischen, thermischen und chemischen Einflüssen hinreichend widerstandsfähig zu errichten und zu betreiben.
- 6.5.2 Die Anlagen müssen entsprechend § 20 AwSV so geplant, errichtet und betrieben werden, dass die bei Brandereignissen austretenden wassergefährdenden Stoffe, Lösch-, Berieselungs- und Kühlwasser sowie die entstehenden Verbrennungsprodukte mit wassergefährdenden Eigenschaften nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik zurückgehalten werden.
- 6.5.3 Bei Betriebsstörungen sind die Pflichten nach § 24 AwSV zu beachten.
- 6.5.4 Bei nicht einsehbaren Abwasserkanälen, -leitungen oder -becken, die der Fortleitung oder Sammlung von Abwasser dienen, an welches nach § 57 WHG Anforderungen vor der Vermischung oder für den Ort des Anfalles festgelegt sind, ist vor dem Endkontrollschacht eine Prüfung auf Dichtheit alle 5 Jahre, nach dem Endkontrollschacht alle 10 Jahre durchzuführen (Nr. 3.4 EKVO).



- 6.5.5 Die Abscheideanlagen sind nach DIN 1999-100 „Abscheideanlagen für Leichtflüssigkeiten“ in Verbindung mit DIN EN 858 Teil 1 und 2 zu betreiben.
- 6.5.6 Die Abscheideranlagen sind gemäß der EKVO von der Antragstellerin regelmäßig eigenverantwortlich zu überprüfen. Dies betrifft insbesondere folgende mindestens monatlich durchzuführende Überprüfungen:
- Kontrolle auf Dichtigkeit,
  - Funktionskontrollen der Warn-, Signal- und Alarmanlagen, selbsttätiger Verschlüsse sowie sonstiger für die Abwasserbehandlung wichtiger technischer Einrichtungen und Anlagenteile,
  - Feststellung der Höhe des Schlammspiegels im Schlammfang,
  - Feststellung der Ölschichtstärke in den Abscheidern und
  - Kontrollen der Koaleszenzeinsätze.

## **6.6 Baurecht**

- 6.6.1 Die Baugenehmigung gilt auch für und gegen den Rechtsnachfolger des Bauherrn (§ 58 Abs. 2 LBO).
- 6.6.2 Die Baugenehmigung wird unbeschadet privater Rechte Dritter erteilt (§ 58 Abs. 3 LBO).
- 6.6.3 Vor Baubeginn hat der Bauherr den Zeitpunkt des Baubeginns der Baurechtsbehörde in Textform mitzuteilen (§ 59 Abs. 2 LBO). Das entsprechende Formular „Baubeginnanzeige“ kann auf der Internet-Homepage der Stadt Mössingen heruntergeladen werden.
- 6.6.4 Wechselt der Bauherr, so hat der neue Bauherr dies der Baurechtsbehörde unverzüglich mitzuteilen (§ 42 Abs. 6 LBO). Das entsprechende Formular „Anzeige über den Wechsel der Bauherrschaft“ kann auf der Internet-Homepage der Stadt Mössingen heruntergeladen werden.
- 6.6.5 Vor Baubeginn ist durch Anfrage bei der Telekom, den Stadtwerken Mössingen (Strom, Wasser, Abwasser) ggf. der EnBW (Strom) und ggf. bei den Stadtwerken Reutlingen (Gas) festzustellen, ob unterirdische Telefon- oder

Starkstromkabel bzw. Versorgungsleitungen gefährdet sind. Es sind alle Vorkehrungen zum Schutze der Anlagen und der Bauarbeiter zu treffen.

- 6.6.6 Die Baugenehmigung erlischt, wenn innerhalb von drei Jahren nach Erteilung der Genehmigung mit der Bauausführung nicht begonnen oder wenn sie drei Jahre unterbrochen worden ist. Diese Frist kann auf schriftlichen Antrag jeweils bis zu drei Jahren verlängert werden (§ 62 LBO).
- 6.6.7 Bei der Bauausführung sind die am Bau Beteiligten (Bauherr, Planverfasser, Bauleiter und Unternehmer) im Rahmen ihres Wirkungskreises dafür verantwortlich, dass neben den allgemein anerkannten Regeln der Technik die öffentlich-rechtlichen Vorschriften und die auf Grund dieser Vorschriften erlassenen Anordnungen eingehalten werden (§ 41 LBO).
- 6.6.8 Es dürfen nur solche Bauprodukte (Baustoffe, Bauteile, Anlagen) verwendet werden, die
- das Übereinstimmungszeichen (Ü-Zeichen) tragen, oder
  - das Zeichen der Europäischen Gemeinschaften (CE-Zeichen) tragen, oder
  - von allgemein anerkannten Regeln der Technik (z.B. DIN) nicht abweichen, oder
  - über ein allgemeines baurechtliches Prüfzeugnis verfügen, oder für die eine Zustimmung im Einzelfall vorliegt.
- 6.6.9 Sollten bei den Bauarbeiten Sachen entdeckt werden, von denen anzunehmen ist, dass an ihrer Erhaltung aus wissenschaftlichen, künstlerischen oder heimatgeschichtlichen Gründen ein öffentliches Interesse besteht, ist dies dem Baurechtsamt unverzüglich anzuzeigen.
- 6.6.10 Wenn Vermessungszeichen oder Grenzzeichen gefährdet werden, ist rechtzeitig deren Sicherung beim Vermessungsamt zu beantragen.
- 6.6.11 Wenn sich bei den Grabarbeiten ergeben sollte, dass der Baugrund nicht den Annahmen der statischen Berechnung entspricht und dadurch besondere

Gründungsmaßnahmen notwendig werden, ist dies unverzüglich der Baurechtsbehörde anzuzeigen.

- 6.6.12 Die Baurechtsbehörde kann die Ordnungsmäßigkeit der Bauausführung und die ordnungsgemäße Erfüllung der Pflichten der am Bau Beteiligten im Rahmen einer Bauüberwachung überprüfen (§ 66 Abs.1 LBO). Hierfür ist eine entsprechende Gebühr nach dem Landesgebührengesetz ist für diese Bauüberwachung eine Gebühr mit 1 v. Tausend der Baukosten anzusetzen.
- 6.6.13 Den mit der Überwachung beauftragten Personen ist jederzeit Zutritt sowie Einblick in Genehmigungen, Bautagebücher und andere vorgeschriebene Aufzeichnungen zu gewähren. Der Bauherr hat die für die Überwachung erforderlichen Arbeitskräfte und Geräte zur Verfügung zu stellen (§ 66 Abs. 3 LBO).
- 6.6.14 Wenn andere als die im Bauplan angegebenen Tragkonstruktionen eingebaut werden sollen oder wenn von den in einer statischen Berechnung angegebenen Dimensionen abgewichen werden soll, dürfen die entsprechenden Bauarbeiten so lange nicht ausgeführt werden, bis die neue statische Berechnung vorgelegt und geprüft und der Weiterbau freigegeben ist.

### **Hinweise auf Ordnungswidrigkeiten-Vorschriften**

Verstöße gegen Baurechtsvorschriften oder gegen diese Baugenehmigung werden als Ordnungswidrigkeit nach § 75 LBO verfolgt. Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 100.000,- € geahndet werden.

## 7 Antragsunterlagen

Der Entscheidung liegen die nachfolgend aufgeführten Unterlagen, in der Fassung, die sie im Zeitpunkt der Erteilung dieser Genehmigung hatten, zugrunde:

Kapitel	Antrag nach § 16 BImSchG zum Neubau einer Halle für Metallspäne, Befestigung einer Schotterfläche und Aufbau von Legioblock-Bausteinen zu Abwurfboxen (MBärs Rohstoffhandel GmbH, Schlattwiesen 16, 72131 Ofterdingen)	Stand	Seitenanzahl
	Deckblatt Antrag	02.11.2022	1
	Inhaltsverzeichnis	02.11.2022	3
<b>1 Antragstellung</b>			
	Allgemeine Angaben, Antragsgegenstand und Antrag auf Verzicht der Öffentlichkeitsbeteiligung	02.11.2022	7
	Formblatt 1, Antragstellung	16.05.2022	6
<b>2 Vorhaben</b>			
	Lage des Vorhabens	02.11.2022	1
	Lageplan „Schlattwiesen“ der Gemeinde Ofterdingen	01.07.2022	1
	Auszug aus der Topographischen Karte	21.01.2022	1
	Bauvorhaben	02.11.2022	5
	Bemessung des Ölabscheiders	10.10.2018	1
	Technische Dokumentation Mall NeutraPro NS 30, 6000 Liter	2019	1
	Infrastrukturelle Einbindung	02.11.2022	1
<b>3 Anlagen – und Betriebsbeschreibung</b>			
	Textteil	02.11.2022	6
	Formblatt 2.1 Technische Betriebseinrichtungen	16.05.2022	3
<b>4 Eingesetzte Stoffe</b>			
	Textteil	02.11.2022	1
	Formblatt 2.2 Produktionsverfahren / Einsatzstoffe	16.05.2022	1
<b>5 Emissionen und Immissionen</b>			
	Textteil	02.11.2022	1
	Formblatt 3.1 Emissionen / Betriebsvorgänge	16.05.2022	1
	Formblatt 3.2 Emissionen / Maßnahmen	16.05.2022	1
	Formblatt 3.3 Emissionen / Quellen	16.05.2022	1
	Lärmschutz, Textteil	02.11.2022	2
	Formblatt 4 Lärm	16.05.2022	2
	Schalltechnische Untersuchung	26.08.2021	30

	Schalltechnische Untersuchung, 2. Stellungnahme	31.03.2022	3
<b>6 Wasser</b>			
	Textteil bzgl. Abwasser	02.11.2022	1
	Formblatt 5.1 Abwasser/ Anfall	16.05.2022	1
	Formblatt 5.2 Abwasser/ Abwasserbehandlung	16.05.2022	1
	Formblatt 5.3 Abwasser/ Einleitung	16.05.2022	1
	Textteil bzgl. wassergefährdender Stoffe	02.11.2022	2
	Sachverständigengutachten nach AwSV	16.02.2022	77
	Formblatt 6.1 Übersicht / wassergefährdende Stoffe	16.05.2022	2
	Formblatt 6.2 Detailangabe / wassergefährdende Stoffe	16.05.2022	3
<b>7 Abfälle</b>			
	Textteil	02.11.2022	1
	Formblatt 7 Abfall	16.05.2022	3
	Abfallliste	16.05.2022	9
<b>8 Arbeitsschutz</b>			
	Textteil	02.11.2022	1
	Formblatt 8 Arbeitsschutz	16.05.2022	3
<b>9 Ausgangszustand</b>			
	Formblatt 9 Ausgangszustandsbericht (AZB)	16.05.2022	3
<b>10 Anlagensicherheit</b>			
	Textteil	02.11.2022	2
	Formblatt 10.1 Anlagensicherheit Störfall-Verordnung	16.05.2022	2
	Formblatt 10.2 Anlagensicherheit/ Sicherheitsabstand	16.05.2022	1
<b>11 Umweltverträglichkeitsprüfung</b>			
	Textteil	02.11.2020	10
	Formblatt 11 Umweltverträglichkeitsprüfung	16.05.2022	1
<b>12 Bauvorlagen zum Antrag auf Baugenehmigung</b>			
	Maßnahmenbeschreibung	10.10.2018	1
	Antrag auf Baugenehmigung	17.04.2019	3
	Grundriss, Schnitte, Details / Übersichtsplan	15.07.2022	1 Plan
	Entwässerungsgesuch / Übersichtsplan	15.07.2022	1 Plan
	Ansichten	15.07.2022	1 Plan
	Schriftlicher Teil zum Lageplan	01.07.2022	4
	Statistischer Erhebungsbogen	-	6
	Brandschutztechnische Stellungnahme	26.10.2022	27
	Brandschutzplan	26.10.2022	1 Plan
	Baubeschreibung mit Stellplatzberechnung	01.07.2022	4
	Berechnung Aushub	04.07.2022	3

## 8 Zitierte Regelwerke

4. BImSchV	Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2017 (BGBl. I S. 1440), die durch Artikel 1 der Verordnung vom 12. Oktober 2022 (BGBl. I S. 1799) geändert worden ist
5. BImSchV	Verordnung über Immissionsschutz- und Störfallbeauftragte vom 30. Juli 1993 (BGBl. I S. 1433), die zuletzt durch Artikel 4 der Verordnung vom 28. April 2015 (BGBl. I S. 670) geändert worden ist
9. BImSchV	Verordnung über das Genehmigungsverfahren in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. Mai 1992 (BGBl. I S. 1001), die zuletzt durch Artikel 10 des Gesetzes vom 22. März 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 88) geändert worden ist
AbfVerbrG	Abfallverbringungsgesetz vom 19. Juli 2007 (BGBl. I S. 1462), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 2. März 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 56) geändert worden ist
ASR	Technische Regeln für Arbeitsstätten
ASR A1.8	Verkehrswege, Ausgabe März 2022, (GMBI 2022, S. 214)
ASR A2.1	Schutz vor Absturz und herabfallenden Gegenständen, Betreten von Gefahrenbereichen, Ausgabe November 2012, (GMBI 2012, S. 1220, zuletzt geändert GMBI 2022, S. 245)
ASR A2.2	Maßnahmen gegen Brände, Ausgabe Mai 2018, (GMBI 2018, S. 446, zuletzt geändert GMBI 2022, S. 247)
ASR A2.3	Fluchtwege und Notausgänge, Ausgabe März 2022, (GMBI 2022, S. 227)
ASR A3.4	Beleuchtung und Sichtverbindung, Ausgabe Mai 2023, (GMBI 2023, S. 679)
ASR A3.4/3	Beleuchtung und Sichtverbindung, Ausgabe Mai 2023, (GMBI 2023, S. 679)
ASR A4.1	Sanitärräume, Ausgabe September 2013, (GMBI 2013, S. 919, zuletzt geändert GMBI 2022, S. 212)
ASR A4.2	Pausen- und Bereitschaftsräume, Ausgabe August 2012, (GMBI 2012, S. 660, zuletzt geändert GMBI 2022, S. 251)
ArbSchG	Arbeitsschutzgesetz vom 7. August 1996 (BGBl. I S. 1246), das zuletzt durch Artikel 6k des Gesetzes vom 16. September 2022 (BGBl. I S. 1454) geändert worden ist
ArbStättV	Arbeitsstättenverordnung vom 12. August 2004 (BGBl. I S. 2179), die zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 22. Dezember 2020 (BGBl. I S. 3334) geändert worden ist
AVV	Abfallverzeichnis-Verordnung vom 10. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3379), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 30. Juni 2020 (BGBl. I S. 1533) geändert worden ist

AwSV	Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen vom 18. April 2017 (BGBl. I S. 905), die durch Artikel 256 der Verordnung vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1328) geändert worden ist
BauNVO	Baunutzungsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. November 2017 (BGBl. I S. 3786), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 3. Juli 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 176) geändert worden ist
BetrSichV	Betriebssicherheitsverordnung vom 3. Februar 2015 (BGBl. I S. 49), die zuletzt durch Artikel 7 des Gesetzes vom 27. Juli 2021 (BGBl. I S. 3146) geändert worden ist
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Januar 2002 (BGBl. I S. 42, 2909; 2003 I S. 738), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 25. Oktober 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 294) geändert worden ist
BImSchG	Bundes-Immissionsschutzgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274), das zuletzt Bundes-Immissionsschutzgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274; 2021 I S. 123), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 3 des Gesetzes vom 19. Oktober 2022 (BGBl. I S. 1792) geändert worden ist.
BiostoffV	Biostoffverordnung vom 15. Juli 2013 (BGBl. I S. 2514), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 21. Juli 2021 (BGBl. I S. 3115) geändert worden ist
EKVO	Verordnung des Umweltministeriums über die Eigenkontrolle von Abwasseranlagen (Eigenkontrollverordnung) Vom 20. Februar 2001
GebVO UM	Verordnung des Umweltministeriums über die Festsetzung der Gebührensätze für öffentliche Leistungen der staatlichen Behörden in seinem Geschäftsbereich (Gebührenverordnung UM - GebVO UM) vom 23.09.2021 (GBl. 2021, 869)
GebVO WM	Verordnung des Wirtschaftsministeriums über die Festsetzung der Gebührensätze für öffentliche Leistungen der staatlichen Behörden für den Geschäftsbereich des Wirtschaftsministeriums (Gebührenverordnung Wirtschaftsministerium - GebVO WM) Vom 22. April 2020 (GBl. 2020, 212), zuletzt geändert durch Verordnung vom 28. Oktober 2020 (GBl. S. 963).
GebVerz WM	Verordnung des Wirtschaftsministeriums über die Festsetzung der Gebührensätze für öffentliche Leistungen der staatlichen Behörden für den Geschäftsbereich des Wirtschaftsministeriums (Gebührenverordnung Wirtschaftsministerium - GebVO WM) Vom 22. April 2020
GefStoffV	Gefahrstoffverordnung vom 26. November 2010 (BGBl. I S. 1643, 1644), die zuletzt durch Artikel 2 der Verordnung vom 21. Juli 2021 (BGBl. I S. 3115) geändert worden ist

GewAbfV	Gewerbeabfallverordnung vom 18. April 2017 (BGBl. I S. 896), die zuletzt durch Artikel 3 der Verordnung vom 28. April 2022 (BGBl. I S. 700) geändert worden ist
ImschZuVO	Verordnung der Landesregierung, des Umweltministeriums und des Verkehrsministeriums über Zuständigkeiten für Angelegenheiten des Immissionsschutzes (Immissionsschutz-Zuständigkeitsverordnung) vom 11. Mai 2010
KrWG	Kreislaufwirtschaftsgesetz vom 24. Februar 2012 (BGBl. I S. 212), das zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 2. März 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 56) geändert worden ist
LärmVibrationsArbSchV	Lärm- und Vibrations-Arbeitsschutzverordnung vom 6. März 2007 (BGBl. I S. 261), die zuletzt durch Artikel 3 der Verordnung vom 21. Juli 2021 (BGBl. I S. 3115) geändert worden ist
LasthandhabV	Lastenhandhabungsverordnung vom 4. Dezember 1996 (BGBl. I S. 1841, 1842), die zuletzt durch Artikel 294 der Verordnung vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1328) geändert worden ist
LBO	Landesbauordnung für Baden-Württemberg in der Fassung vom 5. März 2010 (GBl. 2010, 357, 358, ber. S. 416), zuletzt geändert durch Artikel 27 der Verordnung vom 21. Dezember 2021 (GBl. 2022 S. 1, 4)
LBO VVO	Verordnung der Landesregierung, des Ministeriums für Landesentwicklung und Wohnen über das baurechtliche Verfahren (Verfahrensverordnung zur Landesbauordnung - LBOVVO) Vom 13. November 1995
LGebG	Landesgebührengesetz vom 14.12.2004 (GBl. S. 895) zuletzt geändert durch Artikel 13 des Gesetzes vom 21. Mai 2019 (GBl. S. 161, 185)
LVG	Landesverwaltungsgesetz vom 01.01.2009, zuletzt geändert durch Gesetz vom 21.05.2019 (GBl. S. 161) m.W.v. 01.01.2020
LVwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz für Baden-Württemberg (Landesverwaltungsverfahrensgesetz) in der Fassung vom 12. April 2005
TA Lärm	Sechste Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Bundes-Immissionsschutzgesetz (Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm) vom 26. August 1998 (GMBI Nr. 26/1998 S. 503)
TA Luft	Neufassung der Ersten Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Bundes-Immissionsschutzgesetz (Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft – TA Luft) vom 18. August 2021, Fundstelle: GMBI 2021 Nr. 48-54, S. 1050
TRGS	Technische Regeln für Gefahrstoffe



TRGS 201	Einstufung und Kennzeichnung bei Tätigkeiten mit Gefahrstoffen v. Februar 2017, GMBI 2017, S. 218-228 [Nr. 12] (vom 06.04.2017) geändert und ergänzt: GMBI 2018 S. 234-235 vom 06.04.2018 [Nr. 12/13]
TRGS 400	Gefährdungsbeurteilung für Tätigkeiten mit Gefahrstoffen v. Juli 2017 GMBI 2017 S. 638 [Nr. 36] (vom 08.09.2017)
TRGS 401	Gefährdung durch Hautkontakt Ermittlung – Beurteilung – Maßnahmen v. Oktober 2022 GMBI 2022, S. 895-926 [Nr. 40] (vom 18.11.2022) berichtigt GMBI 2023 S. 742 [Nr. 33-34] (vom 05.06.2023)
TRGS 500	Schutzmaßnahmen v. September 2019 GMBI 2019 S. 1330-1366 [Nr. 66/67] (vom 13.12.2019) GMBI 2020 S. 88 [Nr. 4] (vom 31.01.2020)
TRGS 555	Betriebsanweisung und Information der Beschäftigten v. Februar 2017 GMBI 2017 S. 275-281 [Nr. 15] (vom 20.04.2017)
UVPG	Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. März 2021 (BGBl. I S. 540), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 22. März 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 88) geändert worden ist
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 2003 (BGBl. I S. 102), das zuletzt durch Artikel 24 Absatz 3 des Gesetzes vom 25. Juni 2021 (BGBl. I S. 2154) geändert worden ist
WG	Wassergesetz für Baden-Württemberg vom 3. Dezember 2013*
WHG	Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz - WHG) vom 31. Juli 2009 (BGBl. I Nr. 51, S. 2585) das zuletzt durch Artikel 12 des Gesetzes vom 20. Juli 2022 (BGBl. I S. 1237) geändert worden ist